

# **Regensburger Entwurf eines Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

– Entwurfstext mit Stand 9. November 2006 –

## **Gliederung**

Präambel

### **I. Die Zeit, in der wir leben – unsere Herausforderungen**

1. ...in Deutschland
2. ...weltweit

### **II. Wer wir sind – über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

1. Unsere geistigen Wurzeln
2. Unser Weg – Geschichte der SPD
3. Wer wir heute sind – die SPD im neuen Jahrtausend

### **III. Was uns wichtig ist – unsere Grundwerte**

1. Freiheit
2. Gerechtigkeit
3. Solidarität

### **IV. Was wir wollen – unser Programm**

1. Die Grundordnung des Staates
2. Mensch und Umwelt
3. Justiz und Inneres
4. Wirtschaft und Arbeit
5. Steuern und Soziales
6. Frauen und Männer, Eltern und Kinder
7. Bildung und Wissenschaft
8. Religion und Glaubensgemeinschaften
9. Kunst und Kultur
10. Europa
11. Asyl und Einwanderung
12. Verteidigung
13. Deutschland in der Welt

# Inhalt

Präambel

## I. Die Zeit, in der wir leben – unsere Herausforderungen

1. ...in Deutschland
  - Arbeitslosigkeit und industrielle Abwanderung
  - Demographischer Wandel
  - Umweltverschmutzung
  - Reichtum und Armut
  - Einwanderung
2. ...weltweit
  - Krieg und Terror
  - Klimawandel
  - Seuchen
  - Bevölkerungswachstum
  - Globalisierung von Wirtschaft, Arbeit und Kapital

## II. Wer wir sind – über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1. Unsere geistigen Wurzeln
2. Unser Weg – Geschichte der SPD
3. Wer wir heute sind – die SPD im neuen Jahrtausend
  - Die Partei der sozialen Demokratie
  - Die Volkspartei: eine Partei für die gesamte Gesellschaft
  - Die Partei des Fortschritts: Wir sind die Reform!
  - Eine Mitgliederpartei
  - Eine Partei mit Grundwerten

## III. Was uns wichtig ist – unsere Grundwerte

1. Freiheit
2. Gerechtigkeit
3. Solidarität

## IV. Was wir wollen – unser Programm

1. Die Grundordnung des Staates
  - Unser Staatsverständnis
  - Die Aufgaben des Staates
  - Verbände und Parteien
2. Mensch und Umwelt
  - Menschenbild
  - Bioethik
  - Mensch und Natur
  - Wirtschaft und Umwelt
  - Klimawandel und Energieversorgung
  - Stadt, Raum und Verkehr
  - Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
  - Wasserwirtschaft

3. Justiz und Inneres
  - Gerichtswesen
  - Bekämpfung der Kriminalität und des Terrorismus
  - Medienrecht
  - Datenschutz
4. Wirtschaft und Arbeit
  - Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik
  - Globalisierung
  - Instrumente der Wirtschaftspolitik
  - Arbeit und Arbeitslosigkeit
  - Verbraucherschutz
5. Steuern und Soziales
  - Steuerzweck und Steuersystem
  - Steuermoral und Steuerflucht
  - Sozialstaat
  - Kranken- und Pflegeversicherung
  - Rentenversicherung
  - Arbeitslosenversicherung
6. Frauen und Männer, Eltern und Kinder
  - Frauen und Männer
  - Kinder und Kindererziehung
  - Kinder und Beruf
  - Homosexualität
7. Bildung und Wissenschaft
  - Bildung ist Zukunft
  - Vorschulische Bildung
  - Die Schulen
  - Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen
  - Staatlicher und privater Einsatz
8. Religion und Glaubensgemeinschaften
  - Glaube und Religion
  - Freiheit des Bekenntnisses
  - Glaubensgemeinschaften
9. Kunst und Kultur
  - Kunst als Kultur
  - Kunstfreiheit
  - Kunstförderung
  - Geistiges Eigentum
10. Europa
  - Binnenstruktur
  - Außenverhältnis
11. Asyl und Einwanderung
  - Zuzug durch Asyl und Einwanderung
  - Eingliederung
12. Verteidigung
  - Die Bundeswehr
  - Bündnisse
  - Abrüstung
13. Deutschland in der Welt
  - Friedenspartei
  - Vereinte Nationen und internationale Gerichtshöfe
  - Bevölkerungswachstum

## *Präambel*

Gegründet aus der deutschen Arbeiterschaft,  
Gewachsen im Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität,  
Geeint in dem Willen und der Verantwortung, eine menschenwürdige, freie und lebenswerte Gesellschaft für alle zu schaffen in einer friedlichen Welt,  
Gibt sich die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS im einhundert-fünfundvierzigsten Jahr ihres Bestehens und am Beginn eines neuen Jahrtausends dieses

## GRUNDSATZPROGRAMM

### **I. Die Zeit, in der wir leben – unsere Herausforderungen**

#### **...in Deutschland**

##### *Arbeitslosigkeit und industrielle Abwanderung*

Millionen sind ohne Arbeit. Arbeitslosigkeit ist die größte gesellschaftliche Geißel unserer Zeit. Jeder Mensch braucht Arbeit, Arbeit ist Lebenssinn. Untätigkeit lähmt Geist und Seele und macht krank. Und Jahr für Jahr verschwinden weitere Arbeitsplätze, weil die Industrie Produktionsstätten in das Ausland verlagert oder von Anfang an dort errichtet.

##### *Demographischer Wandel*

Es ist keine Last, sondern etwas Gutes, daß die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland steigt. Dies ist auch ein Erfolg sozialdemokratischen Kampfes über anderthalb Jahrhunderte für eine medizinische Versorgung, die sich jeder leisten kann. Es gilt, die gewonnenen Lebensjahre für alle lebenswert zu gestalten. Es gilt auch, den Älteren Gelegenheit zu geben, nachwachsende Generationen an ihren Erfahrungen und ihrem Wissen teilhaben zu lassen.

Doch der steigenden Lebenserwartung stehen sinkende Geburtenzahlen gegenüber. Sie bringen den Generationenvertrag aus dem Gleichgewicht, der unsere Altersversorgung und unsere Altenpflege trägt. Einwanderung allein kann dieses Gleichgewicht nicht wiederherstellen. Auch steigende Geburtenzahlen vermögen dies nicht, solange das Arbeitsangebot stagniert. Umgekehrt nützen Arbeitsplätze nichts, wenn Menschen fehlen oder den Anforderungen nicht genügen können. Daher verlangt der demographische Wandel zweierlei: Erstens müssen wir Menschen, die Arbeit suchen, Arbeit ermöglichen und sie dabei in den Stand setzen, auch anspruchsvolle Tätigkeiten zu übernehmen. Zweitens stehen wir vor der Herausforderung, die Bereitschaft zu und die Freude an Kindern zu stärken und Kinder verstärkt als einen Lebenssinn in das Bewußtsein junger Menschen zu

rufen. Und dessen ungeachtet stehen wir vor der Herausforderung, die Altersvorsorge und Altenpflege auf neue Grundlagen zu stellen, denn sonst ist der Generationenvertrag selbst bei steigenden Geburten- und Beschäftigtenzahlen nicht mehr zu retten.

### *Umweltverschmutzung*

Seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts ist in Deutschland die Einsicht gewachsen, daß unsere natürliche Umwelt in Gefahr ist, durch die Nebenwirkungen wirtschaftlichen Wachstums und zivilisatorischen Fortschritts zerstört zu werden. Diese Einsicht hat mit Hilfe der Sozialdemokraten auch Früchte getragen. Doch sind die Bedrohungen der Umwelt nur zu einem Teil zurückgegangen und an anderen Stellen gestiegen, namentlich durch die Zunahme des Kraft- und Flugverkehrs im vereinigten europäischen Markt; auch der Flächenverbrauch durch Infrastruktur und Industriegebiete hält an, und außerhalb Deutschlands entsteht Industrie, die von unseren Maßnahmen zum Umweltschutz nicht erreicht wird. Zugleich hat in der Bevölkerung das Bewußtsein abgenommen, daß unsere Umwelt weiterhin besonderen Schutzes bedarf und daß Wirtschaft und Verkehr nicht unendlich in den eingefahrenen Spuren wachsen können, wenn die natürlichen Grundlagen unseres Lebens erhalten bleiben sollen. Wir müssen der Umwelt in den Köpfen und Taten der Menschen wieder größere Beachtung verschaffen.

### *Reichtum und Armut*

Deutschland ist reich, aber sein Reichtum ist sehr ungleich verteilt. Wohlhabend zu sein ist kein Verbrechen, Armut ist kein Verdienst – aber auch keine Schande. Auch ist Wohlstand zumeist Folge besonderer persönlicher Anstrengung und Armut manchmal Folge von wirtschaftlichem Unvermögen, Unwillen oder Ideenlosigkeit. Aber nicht immer geht Reichtum persönliche Leistung voraus, etwa bei einer Erbschaft, und nicht immer läßt sich das Ausmaß des Reichtums mit dem Umfang der Leistung in ein allgemein gültiges Verhältnis setzen, sondern ist Folge eines irrationalen Nachfrageglücks; daß der Arbeitstag eines Formel-1-Fahrers im Grand Prix millionenfach mehr wert sein soll als der einer Krankenschwester, hat mit dem rationalen Wert der Arbeit nichts zu tun, und gleiches gilt für den Stundenlohn eines mehr oder weniger erfolgreichen oder gänzlich erfolglosen Managers im Verhältnis zu dem Stundenlohn eines Facharbeiters in seinem Unternehmen.

Auf der anderen Seite läßt sich Armut nicht mit Faulheit gleichsetzen, sondern ist vielfach die Folge ungleicher Chancen, deren Ungleichheit schon im Kindesalter in Heimen oder zerstörten Familien beginnt und sich im sozialen Umfeld und im Bildungsangebot und der Bildungsmotivation fortsetzt. Daher gebieten unsere Grundwerte der Gerechtigkeit und der Solidarität, im Einkommen und im Vermögenswerb für Leistungsgerechtigkeit zu sorgen und über diese Gerechtigkeit hinaus jedem das zuzuteilen, was er für ein menschenwürdiges und erfülltes Dasein braucht.

### *Einwanderung*

In Deutschland leben viele Menschen nichtdeutscher Nationalität und viele, die erst in späteren Jahren Deutsche wurden. Jährlichen nehmen wir weitere Menschen nichtdeutscher Nationalität dauerhaft in Deutschland auf und bürgern eine Reihe von ihnen als Deutsche ein. Daraus folgt, daß in Deutschland unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen; längst nicht nur, aber am häufigsten die überlieferte christlich-abendländische Kultur der Deutschen und die islamisch-morgenländische Kultur eingewanderter Moslems aus aller Welt. Wir Sozialdemokraten stehen vor der Herausforderung, aus diesem Aufeinandertreffen keinen Kampf, sondern einen Dialog der Kulturen zu machen.

### **...weltweit**

#### *Krieg und Terror*

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen des Ostblocks hatte die Welt die Hoffnung auf dauerhaft sicheren Frieden. Sie wurde enttäuscht. Im Gegenteil kam es nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zu einer Reihe regionaler Kriege und Bürgerkriege, deren Grausamkeit und Völkerrechtsverbrechen Höchstmarken der Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten. Auch der internationale Terrorismus hat in den letzten Jahren eine neue, nie dagewesene Dimension des Schreckens erreicht. Alle zivilisierten Nationen sind herausgefordert, Kriege als politisches Mittel zu ächten, sie im internationalen Zusammenwirken zu ersticken und die eines Völkerverbrechens Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Dem internationalen Terrorismus muß der Nährboden entzogen werden, und seine Täter, Drahtzieher und Helfershelfer sind unschädlich zu machen.

#### *Klimawandel*

Die Durchschnittstemperatur der Erde hat sich in den letzten Jahren dramatisch erhöht und wird sich weiter erhöhen. Folgen werden sein, daß die arktische Eismasse schmilzt, daß der Meeresspiegel steigt, daß Gebirgsschnee und -gletscher zurückgehen, daß Wüsten und Steppen sich ausdehnen und daß Wetterkatastrophen zahlreicher werden. Die Schäden für Mensch und Natur sind kaum abzuschätzen und volkswirtschaftlich nicht zu beziffern. Die Ursache indes liegt klar zutage: der weltweite Kohlendioxidausstoß beim Einsatz fossiler Brennstoffe in der Industrie und im Kraftverkehr. Zugleich marschieren die Länder des früheren Ostblocks und zahlreiche Entwicklungsländer, allen voran China und Indien, mit raschem Schritt in die volle Industrialisierung und steigern ihren Ausstoß an Kohlendioxid Jahr für Jahr beträchtlich. Das Wissen um die weltweiten Folgen verbreitet sich nur langsam und bewirkt kaum mehr als Absichtserklärungen und halbherzige Reaktionen. Doch wir müssen entschlossen handeln – sofort und weltweit. Wir brauchen eine globale Koalition der Vernunft und der Bereitschaft, Gewohnheiten zu ändern, bevor die ersten Inseln versinken und Mitteleuropa verkarstet.

### *Seuchen*

Globalisierung heißt auch Globalisierung von Krankheiten und Ansteckung. Mit den Waren und Menschen wandern Krankheitserreger und entwickeln sich weiter; jedes neue Antibiotikum führt über kurz oder lang zu einer neuen Resistenz. Noch haben die Forscher einen Schritt Vorsprung. Krankheiten, die man längst überwunden glaubte, erheben erneut ihr todbringendes Haupt, weil der Impfschutz weltweit Lücken hat. Das AIDS-Virus verbreitet sich nahezu ungebremst weiter, ohne daß es überhaupt einen Impfschutz gäbe. Andere Viren stehen davor, vom Tier auf den Menschen überzuspringen und neue Seuchen ausbrechen zu lassen. Die Welt braucht dringend mehr internationale Zusammenarbeit, um dieser Bedrohungen Herr zu werden.

### *Bevölkerungswachstum*

Zu Christi Geburt lebten zwei- bis dreihundert Millionen Menschen auf der Erde. Um die Wende ins zwanzigste Jahrhundert waren es 1,6 Milliarden; neunzehn Jahrhunderte waren nötig, um diesen Zuwachs zu erlauben. Doch seither – in nur einhundert Jahren – ist sie noch einmal um über das Vierfache gewachsen, auf sechs Milliarden, und die Wachstumskurve steigt weiter; in fünfzig Jahren werden mit großer Sicherheit neun Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Sie werden dies keineswegs gleichmäßig tun, sondern zunächst in den geburtenreichsten Ländern, und das sind zugleich die ärmsten. Dann werden Hunger, Kriege, Krankheiten und Naturkatastrophen diese Menschen wandern lassen; dorthin, wo Raum, Frieden und Wohlstand ein besseres Leben verheißen. Unsere Herausforderung ist es, das Wachstum der Weltbevölkerung zu bremsen, und zwar dort, wo es am stärksten stattfindet. Ferner müssen wir die Menschen ernähren, die auf der Erde geboren werden, und zwar dort, wo sie leben. Und wir müssen verhindern, daß Europa eines Tages Krieg führt, um wandernde Völkermassen aufzuhalten.

### *Globalisierung von Wirtschaft, Arbeit und Kapital*

Die Welt ist ein Weltmarkt, auf dem Waren und Dienstleistungen kaum noch Grenzen, ja kaum noch Kontinente kennen, auf dem nichts so frei in Millisekunden den Erdball umrundet wie Kapital, und auf dem die Arbeitnehmer erleben, wie sie ihre Arbeitsplätze zugunsten anderer Arbeitnehmer verlieren, die in einem anderen Winkel der Welt billiger sind – wenn auch zu schlechtesten, gefährlichen und manchmal unwürdigen Bedingungen. Die Herausforderung für die Sozialdemokratie besteht erstens darin, die Freiheit der globalen Wirtschaft zu einer gegenseitigen Freiheit zu machen, von der nicht nur reiche Länder profitieren; zweitens darin, auch die globale Marktwirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft zu machen, in der die Raubtiere des Kapitalismus lenkende und schützende Dompoteure finden; drittens darin, dem globalen Fluß des Kapitals und der Spekulation feste Regeln zu geben und ihre Einhaltung wirksam zu überwachen, damit nicht eine Handvoll Hasardeure ganze Volkswirtschaften erschüttert.

## **II. Wer wir sind – über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

### **Unsere geistigen Wurzeln**

Die geistigen Wurzeln der Sozialdemokratie liegen im christlichen Menschenbild, im Humanismus, in der Aufklärung und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Im christlichen Menschenbild, weil wir den Menschen als sittliches Wesen begreifen, das in der Nächstenliebe und im Dienst am Nächsten seine Erfüllung findet. Im Humanismus, weil der Mensch im Mittelpunkt aller unserer Bemühungen steht. In der Aufklärung, weil wir von der Kraft der Vernunft überzeugt sind. In den Erfahrungen der Arbeiterbewegung, weil sie unsere Partei schon nach deren Entstehungsgrund geprägt hat und weil ihr Kampf ein Kampf war um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Der Aufstand der Arbeiter war keine Gegenbewegung zu Christentum, Humanismus und Aufklärung, sondern war deren Fortschreibung und Übersetzung für eine epochale gesellschaftliche Frage. Unsere Zeit braucht eine neue Fortschreibung und eine neue Übersetzung.

### **Unser Weg – die Geschichte der SPD**

Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei beginnt mit dem Kampf der deutschen Arbeiter um ein menschenwürdiges Leben. In den Gewerkschaften und unserer Partei schlossen sie sich zusammen und trotzten den bürgerlichen Fabrikbesitzern und der kaiserlichen Regierung Schritt für Schritt erträglichere Lebensbedingungen ab. Sie kämpften auch für ein demokratisches Deutschland, für die Rechte der Frauen und gegen die Kriegstreiberei von Adel und Bürgertum, die Europa in den Abgrund des Ersten Weltkrieges riß.

In ihm erfüllten Sozialdemokraten in der Heimat und mit der Waffe in der Hand stumm, was sie als ihre vaterländische Pflicht betrachteten; aus den Schützengräben kehrten Hunderttausende nicht zurück. Doch als sich die Kriegsverantwortlichen aus Bürgertum und Adel aus ihrer Verantwortung stahlen und der Traum von einer deutschen Demokratie eine reale Möglichkeit wurde, ergriffen die Sozialdemokraten sie ohne zu zögern und mit aller Tatkraft. Nach außen schlossen sie den Frieden, zu dem die Sieger keine Alternative ließen, und im Innern stellten sie sich gegen Anarchisten, Kommunisten und putschende Militärs schützend vor die junge Republik. Sie blieben ihre verlässlichste Stütze, bis die Weltwirtschaftskrise und eine Clique aus Adel und Großbürgertum Hitler zur Macht verhalf. Einige arrangierten sich mit dem Regime. Andere flohen, manche opferten im Widerstand ihr Leben. Die meisten erfüllten in Hitlers Weltkrieg erneut, was sie als ihre vaterländische Pflicht betrachteten. Für den Völkermord an den europäischen Juden trifft die deutschen Sozialdemokraten keine größere und keine kleinere Schuld als andere Deutsche.

Nach dem Krieg machten sich die Sozialdemokraten wie alle Deutschen daran, das Land aus den menschlichen und steinernen Trümmern wieder auferstehen zu lassen. An der neuen Demokratie wirkten sie von Beginn an stützend und gestal-

tend mit. Erst spät fanden sie sich mit der Spaltung Deutschlands ab. Dann aber bemühten sie sich um so aufrichtiger um eine Aussöhnung und dauerhaften Frieden mit den Völkern im Osten, die unter dem Krieg und dem Terror am meisten zu leiden gehabt hatten. Im Innern waren sie, was sie immer waren und bleiben werden: die Kraft der sozialen Erneuerung; Vertreter und Fürsprecher benachteiligter Menschen, Verfechter demokratischer Reformen, Motor gesunden gesellschaftlichen Wandels als Antwort auf eine sich wandelnde Welt. Nach außen wurden sozialdemokratische Kanzler, Minister und andere Amtsträger stetige und verlässliche Partner unserer europäischen Nachbarn und aller Verbündeter sowie offene und berechenbare Gesprächspartner für andere Länder in der ganzen Welt. Auch heute sind wir eine staatstragende, reformfreudige Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität.

## **Wer wir heute sind – die SPD im neuen Jahrtausend**

### *Die Partei der sozialen Demokratie*

Der Name unserer Partei ist unser Programm. Wir stehen für ein demokratisches Deutschland; mit uns kann man in Staat und Gesellschaft Demokratie wagen. Und wir stehen für ein gesellschaftliches Miteinander, für bürgerschaftlichen Einsatz und den Dienst am Mitmenschen: für eine soziale Demokratie.

Wir wissen um die Tradition des Begriffes vom demokratischen Sozialismus, und wir wissen, was Sozialdemokraten seit dem Godesberger Programm unter diesem Begriff verstehen. Wir anerkennen dieses Verständnis als berechtigtes Erbe sozialdemokratischen Denkens und sozialdemokratischer Werte. Wir wissen aber auch, daß ein Begriff als Schlagwort von anderen mißbraucht werden kann. Und wir können nichts daran ändern, daß eine kommunistische Diktatur auf deutschem Boden den Begriff des Sozialismus in den Schmutz gezogen hat. Unser Verständnis von ihm geht heute auf in unserem Ziel einer sozialen Demokratie.

### *Die Volkspartei: eine Partei für die gesamte Gesellschaft*

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist keine Klientelpartei für eine bestimmte Klasse, Schicht, Region oder eine einzelne Gruppe. Wir sind eine Partei für die gesamte Gesellschaft, eine Volkspartei. Für die Nähe eines Menschen zu uns oder unsere Nähe zu ihm geben nie seine gesellschaftlichen Eigenschaften den Ausschlag, sondern allein sein Bekenntnis zu unseren Werten und Zielen und sein politischer Wille. In keiner Partei ist das so deutlich wie bei uns: Wir sind *die* Volkspartei.

### *Die Partei des Fortschritts: Wir sind die Reform!*

Wir sind die Kraft der Erneuerung, der Reform und des Fortschritts. Fortschritt verstehen wir nicht als Veränderung um jeden Preis, sondern als Veränderung hin zu Verhältnissen, die unseren Grundwerten besser gerecht werden als das Vergangene. Wir weisen das Argument zurück, daß etwas Bestehendes gut sei, weil es schon immer bestanden habe, und daß etwas Neues schlecht sei, weil es Bestehendem zuwiderlaufe. Wir wollen keine letzten Wahrheiten verkünden. Aber wir

sind unausgesetzt auf der tätigen und produktiven Suche nach dem Wahren und Richtigen für unsere Zeit.

#### *Eine Mitgliederpartei*

Unsere Partei lebt von unten, von uns: ihren Mitgliedern, die sich einmischen, die mitmachen, die für die soziale Demokratie werben und sozialdemokratisch handeln. Unsere Mandats- und Funktionsträger sind Diener der sozialdemokratischen Sache. Wir, die Mitglieder, sind die treibende und tragende Kraft und der Rückhalt inmitten der Gesellschaft.

#### *Eine Partei mit Grundwerten*

Alles sozialdemokratische Streben geht von Grundwerten aus und ist an Grundwerte gebunden.

### **III. Was uns wichtig ist – unsere Grundwerte**

#### **Freiheit**

Nach unserem Grundgesetz hat jeder das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Wir wollen, daß die Verwirklichung dieses Rechts für jeden eine reale Möglichkeit wird. Jeder soll selbstbestimmt leben und frei sein von Zwang und Unterdrückung. Aber wir verstehen diese Freiheit als sozial verantwortete Selbstbestimmung. Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung, und sie kann nie weiter reichen als die Freiheit der anderen.

#### **Gerechtigkeit**

Gerechtigkeit heißt für uns die Gleichheit von Risiken und Chancen. Dabei erkennen wir an, daß die einzelnen für die Gemeinschaft Unterschiedliches leisten. Gerechtigkeit heißt nicht zwingend Gleichheit im Ergebnis. Allerdings gebietet die gesellschaftliche wie mitmenschliche Solidarität, daß die Ergebnisse nicht unerträglich voneinander abweichen, und Ungleichheit ist allzuoft Folge ungleicher Chancen. Dann zerstört sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

#### **Solidarität**

Unter Solidarität verstehen wir ein Geben und ein Einstehen für andere, ohne dazu von außen gezwungen zu sein. Die Verbundenheit in einer Gesellschaft macht Solidarität jedoch zu einer sittlichen Pflicht. Unser Sozialstaat ist Solidarität in organisierter Form.

## IV. Was wir wollen – unser Programm

### Die Grundordnung des Staates

#### *Unser Staatsverständnis*

In unserem Grundverständnis des Staates ist der Staat eine Selbstorganisation der Bürger. Ihr geschichtlicher Vorläufer ist die griechische *Polis* im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat des Absolutismus. Ihre Leitprinzipien sind die der Demokratie, das heißt einer Herrschaft durch das Volk, und die der Republik, das heißt einer Herrschaft für das Volk. Der Bürger ist zugleich Schöpfer, Adressat und Ausführender der Gesetze. Entscheidungen fallen durch oder aufgrund eines Beschlusses der Mehrheit, getragen von gemeinsamen Werten und in den Grenzen, die Zivilisation und Menschenrechte ziehen. Minderheiten genießen besonderen Schutz, solange sie sich zu der gemeinsamen freiheitlichen Grundordnung bekennen. Die Würde des einzelnen ist unantastbar.

Die Bundesrepublik muß in Länder gegliedert bleiben. Die Länder nehmen staatliche Aufgaben wahr, soweit sie einer regionalen Lösung zugänglich sind und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse keine bundesweite Regelung erfordert. Die Länder sollen in einen Wettbewerb eintreten zum Nutzen aller. Das ist jedoch dort ausgeschlossen, wo kein Wettbewerb herrscht, weil die Nachfragenden und Betroffenen – Bürger, Unternehmen, Vereine – tatsächlich nicht frei zwischen den Ländern wählen können. Auf solchen Gebieten wäre Länderautonomie lediglich die Vervielfachung eines Monopols. Dies gilt namentlich für das Schulwesen, das Unterbringungsrecht und den Strafvollzug. Auch für die Rechtsverhältnisse der Beamten und Angehörigen des öffentlichen Dienstes muß es einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Rahmen geben. Finanzschwachen Ländern ist von finanzstarken Ländern ein Finanzausgleich zu gewähren. Er darf nicht zu unwirtschaftlichem Verhalten verleiten und muß dem Geberland die Früchte wirtschaftlichen Wachstums zum überwiegenden Teil erhalten.

Städte und Gemeinden brauchen eine Ausstattung, die es ihnen erlaubt, neben dem Erledigen von Pflichtaufgaben eigenverantwortlich gestaltend tätig zu werden. Was man vor Ort entscheiden kann, sollte dort auch entschieden werden (Subsidiarität).

Demokratie lebt von der Mitwirkung der Bürger, und die Mitwirkung der Bürger lebt von der Reichweite und der Unmittelbarkeit des Einflusses, den sie nehmen können. Im Grundgesetz sind daher neue Möglichkeiten des Volksbegehrens und des Volksentscheides vorzusehen. Ihre Verfahren haben dafür Sorge zu tragen, daß die Entscheidungen erst nach umfassender gesellschaftlicher Information und Diskussion getroffen werden. Auch Volksgesetze unterliegen verfassungsgerichtlicher Kontrolle.

#### *Die Aufgaben des Staates*

Aufgaben des Staates sind die Vertretung des Gemeinwesens nach außen, der Schutz der inneren Freiheit und des inneren Friedens sowie die Sicherung der Le-

bensverhältnisse. Schutz der inneren Freiheit heißt Schutz der Freiheit des einzelnen vor Übergriffen und Schutz der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit. Wo sozial Stärkere ihre Freiheit mißbrauchen, um sozial Schwächere auszunutzen oder zu unterdrücken, hat sich der Staat dazwischenzustellen. Schutz des inneren Friedens heißt Verhindern von Straftaten und Unruhen. Das Recht zu Protesten und Demonstrationen muß gewährleistet sein, solange sie sich nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten und die Rechte anderer achten. Die Sicherung der Lebensverhältnisse umfaßt vor allem den Umweltschutz, die Sicherung gleicher Chancen auf Bildung, Beruf und Familie sowie die Sozialhilfe.

Leitprinzipien der Verwaltung müssen Bürgernähe und möglichst weit reichende interne Selbständigkeit sein. Zu ihr gehören eine Enthierarchisierung und selbständiges Wirtschaften. Den Bediensteten sind besondere positive Leistungsanreize zu setzen.

Die Privatisierung staatlicher Leistungen kann sinnvoll sein, um die Wirtschaftlichkeit zu sichern. Stets hat der Staat über das Erbringen der Leistungen zu wachen, Fehlentwicklungen zu korrigieren und notfalls die Aufgabe wieder an sich zu ziehen oder anderen zu übertragen. Keinesfalls privatisierbar ist das staatliche Gewaltmonopol. Es umfaßt die Kernaufgaben der Polizei, der Strafverfolgung und des Strafvollzuges sowie die Bundeswehr.

#### *Verbände und Parteien*

Interessenverbände sind legitime Vertreter der Belange einzelner gesellschaftlicher Gruppen im demokratischen Diskurs. Zurückzudrängen ist ihre Tätigkeit jedoch, wo sie mit unlauteren Mitteln, darunter materiellen Zuwendungen, auf Abgeordnete und Amtswalter Einfluß zu nehmen versuchen. Die Mitgliedschaft in einem Verband ist mit der Funktion als Abgeordneter vereinbar, muß aber offengelegt werden. Unvereinbar sind die Aufgaben des Abgeordneten mit einer leitenden Funktion in einem Verband, denn der Abgeordnete hat seine Arbeitskraft der Volksvertretung zu widmen und nicht dem Lobbyismus. Aus diesem Grund ist auch ohne leitende Funktion jede Tätigkeit des Abgeordneten für einen Verband zu verbieten, die einer gewissenhaften Wahrnehmung des Mandats entgegensteht.

Auch Gewerkschaften sind legitime Interessenverbände. Ihnen fühlen sich die Sozialdemokraten vor dem gemeinsamen geschichtlichen Hintergrund der Arbeiterbewegung besonders verbunden. Wir betrachten die Gewerkschaften auch in Zukunft als politische Partner. Eine ihrer Hauptaufgaben sehen wir darin, internationale Verbindungen zu knüpfen mit dem Ziel internationaler Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern. Die Hauptgefahr für die gewerkschaftliche Tätigkeit sehen wir darin, zum Vertreter allein der Interessen jener zu werden, die Arbeit haben, zum Nachteil der Arbeitslosen und langfristig auch zum eigenen Nachteil.

Die Parteien sind die Säulen unserer demokratischen Verfassung und die wichtigste Äußerungsplattform des politischen Willens. Sie bedürfen staatlichen Schutzes und staatlicher Förderung. Dabei ist auf Chancengleichheit zu achten. Allerdings dürfen Unterschiede in der Bedeutung der Parteien Beachtung finden, die sich aus der Mitgliederzahl und den Ergebnissen der Wahlen ergeben. Spenden an Parteien sind zulässig. Sie dürfen jedoch nicht dazu dienen, Einfluß auf die Entscheidungen von Mandatsträgern zu nehmen.

Die Parteien sind nicht die einzige Äußerungsplattform des politischen Willens. Die demokratische Ordnung ist so auszugestalten, daß auch Parteilose und überwie auerparteiliche Zusammenschlüsse und Bürgerinitiativen die Möglichkeit haben, auf Entscheidungen Einfluß zu nehmen.

## **Mensch und Umwelt**

### *Menschenbild*

Wir achten alles menschliche Leben als Träger der Menschenwürde, die unser Grundgesetz zu Recht an die Spitze seiner Werteordnung stellt. Körperlich oder geistig Behinderte haben Anspruch auf Normalität. Staat und Gesellschaft haben ihnen eine vollwertige Teilhabe zu gewährleisten und alle hierauf gerichteten Bemühungen Behinderter zu unterstützen.

### *Bioethik*

Schon die menschliche Stammzelle ist ein schützenswertes Gut. Sie ist dies allerdings noch nicht als Träger der Menschenwürde, um derentwillen es das Recht auf Leben, menschenwürdige Behandlung und die anderen Menschenrechte gibt. Denn die einzelne Zelle oder kleinste Zellverbindung ist noch kein Mensch, ist noch unfähig zu den geringsten Gedanken oder Empfindungen, die das Menschsein ausmachen. Daher ist die Unversehrtheit menschlicher Stammzellen einer Abwägung zugänglich mit den Nöten entwickelter, denkender und empfindender Menschen. Zur Heilung und Verhinderung ihrer Krankheiten und körperlichen Behinderungen muß daher die Forschung an Stammzellen unter staatlicher Aufsicht zulässig sein.

Dies gilt auch für die medizinische Genforschung. Unzulässig ist aber unter allen Umständen eine vorgeburtliche (pränatale) Auswahl und freie Verwerfung einer Leibesfrucht („Menschenselektion“) sowie die genetische Manipulation von Zellen, um einer Leibesfrucht besondere körperliche oder geistige Eigenschaften zu sichern („Menschendesign“).

Teil eines menschenwürdigen Lebens ist ein menschenwürdiges Sterben. Bedingung menschenwürdigen Sterbens ist selbstbestimmtes Sterben; selbstbestimmt stirbt auch, wer auf den Zeitpunkt seines Todes bewußt keinen aktiven Einfluß nimmt. Kein Mensch darf gezwungen werden zu leben. Jedem Menschen muß es möglich sein, aufgrund eines frei und vollverantwortlich gefaßten Entschlusses aus dem Leben zu scheiden. Soweit er dabei einer Hilfe bedarf, muß es zulässig sein, sie ihm zu gewähren. Es kommt nicht darauf an, in welcher Weise dies geschieht, solange sie schmerzfrei bleibt. Die Gesetze haben sicherzustellen, daß der Entschluß des Sterbewilligen, seine Einsichtsfähigkeit und die Freiheit seines Entschlusses zuverlässig bewiesen sind. Vorrangig jedoch ist es die Aufgabe der Gesetze, der Gesellschaft und jedes einzelnen, alten und kranken Menschen Lebensmut zu machen, ihr Dasein durch Pflege und Zuwendung lebenswert zu gestalten und Todeswillige umzustimmen. Lebenshilfe ist wichtiger als Sterbehilfe.

### *Mensch und Natur*

Wir achten die Natur als umfassend schützenswertes Gut und nicht nur als Rohstofflager für die Bedürfnisse des Menschen. Wir tragen schon deshalb Verantwortung für die Natur, weil wir ihr unsere Lebensgrundlagen verdanken. Ihre Zerstörung ist auch vor nachfolgenden Generationen unverantwortlich. Der Umgang des Menschen mit der Natur muß Regeln folgen, die nach unserem Wissen den Bestand von Mensch und Natur nachhaltig sichern (Nachhaltigkeit). Der Mensch soll im Einklang mit der Natur leben können und im Einklang mit sich selbst. Dazu braucht er eine gesunde Umwelt.

### *Wirtschaft und Umwelt*

Technologischer Fortschritt ist ein wichtiger Baustein unseres Wohlstands. Seine Ziele und seine Umsetzung sind den Forderungen der Nachhaltigkeit verpflichtet. Wirtschaft und Umwelt sind keine Gegensätze. Umwelttechnologie schafft Arbeitsplätze in Deutschland und ist ein Feld, auf dem die deutsche Wirtschaft wachsen und im weltweiten Wettbewerb die Führung übernehmen kann.

### *Klimawandel und Energieversorgung*

Der dramatische Klimawandel ist die schwerste ökologische Herausforderung der Weltgemeinschaft. Seine Hauptursache ist der Ausstoß von Schadstoffen, vor allem Kohlendioxid, durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe in Industrie und Kraftverkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Es ist daher unsere vordringlichste Aufgabe, fossile Brennstoffe durch andere Energieträger zu ersetzen und alle Techniken der Abgasreinigung zu fördern. Das Protokoll von Kyoto kann nur ein Anfang gewesen sein. Der Abschied von den fossilen Brennstoffen erlaubt jedoch keine Rückkehr zur Atomkraft, weder in Deutschland noch anderswo. Die mit ihrer Technik und mit der Endlagerung ausgebrannter Brennelemente verbundenen Gefahren und Lasten sind vor zukünftigen Generationen nicht zu verantworten. Zudem zeigt die Geschichte, daß die zivile Nutzung der Atomkraft in vielen Ländern zu atomarer Rüstung geführt hat.

Der durchdachte, das heißt sparsame, effiziente und umweltschonende Einsatz von Öl, Kohle und Gas kann wie der Einsatz aller anderen fossilen Energieträger eine Zwischenlösung sein – aber nicht mehr. Auf Dauer kommen nur nachwachsende Energieträger in Betracht sowie unversiegbare Energiequellen wie Sonne, Wind, Meeres- und Wasserkraft und Erdwärme. Wir setzen auf eine Mischung aus Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien. Wichtiges Mittel, um Energie zu sparen, ist umweltfreundliches Bauen; es ist stärker zu fördern. Auch die Energieversorgung muß sich ändern: An die Stelle von Großkraftwerken, die von Monopolisten betrieben werden, müssen kleine, dezentrale Kraftwerke treten. Aus erneuerbaren Energiequellen gewonnene überschüssige Energie ist mit alternativen Energieträgern zu speichern, vor allem durch die Erzeugung von Wasserstoff, der ein weiterer erneuerbarer Energielieferant ist. Dieses Modell öffnet der deutschen Industrie neue Forschungs- und Produktionsfelder.

### *Stadt, Raum und Verkehr*

Wir wollen eine nachhaltige Stadt- und Raumentwicklung. In ihr geht es auch darum, den Flächenverbrauch zu beschränken und die Belange des Umweltschutzes zu wahren, damit eine gesunde Lebensumgebung entsteht. Für Städte ist unser Ziel die soziale Stadt, die ein gesundes Leben und gutnachbarschaftliches Zusammenleben mit gesellschaftlicher Chancengleichheit verbindet. Wir brauchen Städte ohne soziale Brennpunkte. Jeder muß sich entfalten können; niemandem darf seine Wohnumgebung von vornherein Chancen nehmen.

Mobilität ist ein wesentlicher Faktor modernen Lebens. Sie ermöglicht soziale Kontakte, Erwerbsleben und wirtschaftliches Handeln. Das Bedürfnis nach Mobilität nimmt weiter zu. Dabei stoßen unsere Verkehrssysteme an ihre Grenzen. Für die Umwelt und weitgehend auch volkswirtschaftlich – bei unverfälschtem Wettbewerb – sind Flug- sowie Individualverkehr schlechter als öffentliche Verkehrsmittel und Verkehr auf der Schiene und auf dem Wasser. Daher müssen wir öffentliche Verkehrsmittel sowie Schienen- und Wasserwege ausbauen und stärker nutzen. Die Schnittstellen der Verkehrsträger müssen so zahlreich und so gelegen sein, daß sie effiziente Verbindungen ermöglichen. Bevor weitere Fläche und weitere Natur neuen Verkehrswegen geopfert werden, ist zu prüfen, ob eine bessere Auslastung und Verknüpfung bestehender Verkehrswege Abhilfe schaffen kann.

Die Verkehrswege, auch die Schiene, gehören aus Sicherheits- und Wettbewerbsgründen in die öffentliche Hand. Dies schließt eine private Beteiligung an einzelnen Vorhaben nicht aus.

Der öffentliche Personenverkehr ist eine öffentliche Aufgabe. Er braucht ein engmaschiges Netz, einen schnellen Takt und vor allem in den Spitzenzeiten Züge und Busse mit hinreichendem Platzangebot. Auch der Individualverkehr hat seine Berechtigung. Wesentlich ist die Förderung neuer Antriebstechniken für Kraftfahrzeuge. Ziel sind Kraftfahrzeuge ohne Schadstoffausstoß. Wir sind keine Gegner des Autos, aber Gegner herkömmlicher Verbrennungsmotoren; denn sie tragen maßgeblich zur Luftverschmutzung und Klimaänderung bei. Daher sind vorerst auch Anstrengungen erforderlich, um den privaten Einsatz des Autos zu vermindern und zurückzudrängen zugunsten von Bus, Bahn und Fahrrad. Bei der steuerlichen Behandlung des Verkehrs sollten Verbrauch und Schadstoffausstoß die Hauptkriterien sein.

### *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei*

Als die Sozialdemokratie entstand, waren Land- und Forstwirtschaft und Fischerei die größten Arbeitgeber und die Ernährer der Nation. Beides hat sich gewandelt: Sie beschäftigen nur noch 2% aller Arbeitnehmer, sie wirtschaften für den Export wie für den heimischen Markt, und sie haben auf diesem heimischen Markt starke Wettbewerber aus der ganzen Welt. Auch die Bedingungen der Herstellung haben sich geändert. Statt kleiner Familienbetriebe, kurzer Vertriebswege und naturbelassener Futter-, Saat- und Düngemittel beherrschen Großproduzenten das Bild, haben sich der Umgang mit Land und Vieh sowie die Fischerei industrialisiert und sind Hormone, Antibiotika und andere Erzeugnisse der Pharma- und Chemiewirtschaft an die Stelle der Natur getreten. Zum Teil gehört dies zu einer sinnvollen Modernisierung und ist tier- wie menschengerecht möglich. Zu einem anderen

Teil jedoch hat man es mit Entartungen zu tun, die Tiere entwürdigen, Boden und Wasser ruinieren, Nahrungsmittel entwerten oder belasten, neuen Verkehr erzeugen und die Beschäftigten, vom Bauernhof bis zur Fischfabrik, den natürlichen Grundlagen ihrer Arbeit entfremden. Diese Fehlentwicklungen müssen wir berichtigen. Wir wollen eine verbrauchernahe, umweltschonende Erzeugung gesunder, vollwertiger Lebensmittel. Auch Nutztiere haben Anspruch auf artgerechte Haltung. Medikamente, Chemikalien und industrielle Verfahren, die Mensch oder Natur gefährden, lehnen wir ab. Das gilt auch für gentechnische Änderungen, da ihre Wirkungen heute noch nicht voll zu übersehen sind. Bei den Erzeugnissen müssen Qualität und örtliche Nähe Vorrang haben vor Masse und Billigangeboten.

Das ist zugleich die Chance der deutschen Erzeuger im weltweiten Wettbewerb. Denn nach Preisen allein können sie dort ohne staatliche Subventionen und Schutzzölle nicht bestehen, und die Subventionen sind immer schwerer zu finanzieren, während die Schutzzölle gegen internationale Abkommen sowie gegen den Grundsatz des Freihandels verstoßen, auf dessen weltweite Geltung unsere Exportwirtschaft angewiesen ist. Allerdings müssen Landwirtschaft und Fischerei in der Lage sein, notfalls die heimische Bevölkerung unabhängig von Einfuhren zu ernähren (Notfallautarkie). Sie hierzu in den Stand zu setzen, ist eine öffentliche Aufgabe, die staatliche Beihilfen legitimiert.

#### *Wasserwirtschaft*

Trinkwasser ist weltweit betrachtet ein knappes Gut. In Deutschland merken wir davon noch wenig, aber das wird sich ändern. Wir müssen vorsorgen und den Verbrauch an Trinkwasser schon jetzt deutlich senken. Dafür gibt es selbst ohne Verlust von Lebensstandard viele Möglichkeiten, denn derzeit entfallen nur zwei bis drei Prozent unseres Trinkwasserverbrauchs auf die Ernährung. Die Wasserversorgung muß in öffentlicher Hand bleiben. Das schließt die Beteiligung Privater an einzelnen Vorhaben nicht aus, solange der Staat die Kontrolle behält.

## **Justiz und Inneres**

#### *Gerichtswesen*

Das Gerichtswesen und die Staatsanwaltschaften sind so einzurichten, daß jeder unabhängig von Einkommen und Vermögen Zugang zu den Rechtswegen hat und sich gegen Klagen und Anklagen wirksam verteidigen kann. Gerechtigkeit darf keine Geldfrage sein.

Das Strafverfahren ist übersichtlicher zu gestalten und in einer neuen Strafverfahrensordnung zusammenzufassen. Die Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden sind durchweg mit den berechtigten Belangen des Beschuldigten in ein faires Verhältnis zu bringen. Gleiches gilt für die Befugnisse und Belange des Opfers. Das Interesse eines Zeugen an Anonymität und prozessualer Schonung darf nicht einseitig Vorrang haben gegenüber dem Interesse eines womöglich Unschuldigen, seine Unschuld zu beweisen. Das deutsche Strafverfahrensrecht hat die EMRK und die Rechtsprechung des EGMR ohne Abstriche umzusetzen.

### *Bekämpfung der Kriminalität und des Terrorismus*

Das Verhindern und Bestrafen von Straftaten gehört zu den Grunderfordernissen des gesellschaftlichen Friedens. Diese Grunderfordernisse erkennen wir seit jeher an und fühlen uns ihnen verpflichtet. Das Verhindern von Straftaten im Vorfeld (Prävention) und ihre Verfolgung sind von gleicher Wichtigkeit. Zur Prävention gehört es auch, soziale Brennpunkte zu verhindern und zu entschärfen. Chancengleichheit in Bildung und Beruf beugt Straftaten vor.

Grundlage der Kriminalpolitik hat eine nüchterne und wirklichkeitsnahe Analyse der Kriminalität zu sein. Die Erkenntnisse der Kriminologie sind umfassend heranzuziehen; ergänzend zur Polizeilichen Kriminalstatistik sind regelmäßig repräsentative Opferbefragungen vorzunehmen, wie sie in anderen Ländern seit Jahrzehnten mit bemerkenswerten Ergebnissen gang und gäbe sind.

Polizeirecht schützt vor Gefahren, auch vor gefährlichen Straftätern. Es setzt keine Schuld des Betroffenen voraus, hat aber gleichwohl den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu achten. Die Sicherungsverwahrung ist an enge Voraussetzungen zu knüpfen, die in kurzen Abständen von einem Richter zu prüfen sind. Sie darf nicht zu einer zweiten Freiheitsstrafe werden.

Strafrecht setzt Schuld voraus und läßt ihr ein für den Täter empfindliches Übel folgen. Neben präventiven Wirkungen hat sie auch die Funktion, die Tat zu vergelten. Dies schon deshalb, weil das Opfer und die Gesellschaft ein Bedürfnis nach einer gewissen, und zwar gerechten Vergeltung haben; es gibt zwar keinen juristischen Anspruch, aber ein moralisches Recht des Opfers auf die Bestrafung des Täters. Das materielle Strafrecht ist übersichtlicher zu gestalten und in einem neuen Strafgesetzbuch verständlich zusammenzufassen; Nebenstrafrecht ist nicht, Blankettstrafrecht nur ausnahmsweise zulässig. Neben die Freiheits- und die Geldstrafe soll als dritte Hauptstrafe gemeinnützige Arbeit treten.

Das Jugendstrafrecht ist als eigenständiges Regelwerk auf der Grundlage des Erziehungsgedankens zu erhalten. Versuche, Jugendliche und Heranwachsende möglichst weitgehend dem Strafrecht für Erwachsene zu unterwerfen, gehen an den besonderen Lebens- und Verhaltensbedingungen junger Menschen vorbei, schaden den Bemühungen, junge Straftäter zu sozialisieren, und schaden so mittelbar der gesamten Gesellschaft. Allerdings muß es möglich bleiben, schwere Verbrechen junger Menschen auch mit schweren Strafen zu ahnden.

Strafvollzug ist mehr als das Absitzenlassen von Freiheitsstrafe, nämlich zugleich die Gelegenheit des Staates, dem Täter zu helfen, in ein kriminalitätsfreies Leben zu finden (Resozialisierung). Diese Gelegenheit so wirkungsvoll wie möglich wahrzunehmen, ist eine staatliche Pflicht. Für den Strafvollzug sind bundeseinheitliche Regelungen anzustreben. Sie sind ein unabweisliches Gebot der Gerechtigkeit.

Die Polizei braucht nicht so sehr neue Befugnisse als vielmehr eine gute Ausstattung, eine angemessene Bezahlung und eine motivierende Dienst- und Laufbahngestaltung.

Die Wurzeln des Terrorismus liegen zu einem Gutteil in dem sozialen Elend der Länder, aus dem die Täter stammen. Dieses Elend ist mit wirtschaftlicher und politischer Hilfe zu mildern; Entwicklungshilfe ist auch eine Form des Kampfes

gegen den Terror. Wurzeln des Terrorismus liegen ferner darin, daß es der Westen versäumt hat, mit der arabischen Welt in einen gleichberechtigten Gedankenaustausch einzutreten über die politischen und religiösen Schwierigkeiten des Nahen Ostens. Wir brauchen keinen Kampf der Kulturen, sondern ihren Dialog. Allerdings stehen in ihm unsere freiheitlichen Grundüberzeugungen ebensowenig zur Disposition wie das Existenzrecht Israels.

Der Terrorismus selbst ist eine Erscheinung, die mit den herkömmlichen Mitteln der Polizei und der Nachrichtendienste zu bewältigen ist. Polizei und Nachrichtendienste müssen allerdings materiell und personell in den Stand gesetzt werden, mit der organisierten Drohung weltweiten Terrors fertig zu werden. Sondergesetze, „Feindstrafrecht“ oder rechtsfreie Räume sind eines Rechtsstaates unwürdig. Auch im Kampf gegen den Terror brauchen wir Umsicht und Tatkraft statt Panik.

### *Medienrecht*

Die Freiheit von Presse, Rundfunk und anderen Medien ist in einer Demokratie unabdingbar. Wo die Tätigkeit der Medien das Persönlichkeitsrecht eines Menschen beeinträchtigt, ist dieses Recht mit der Freiheit der Meinungsäußerung und Berichterstattung abzuwägen. Eingriffe in die Privatsphäre können nur ausnahmsweise zulässig sein. Die Intimsphäre ist unverletzlich. Journalisten und alle, die in den Medien arbeiten, tragen eine große Verantwortung, weil die Darstellung in den Medien das Bild prägt, das sich Regierte und Regierende von der Wirklichkeit machen und das Auslöser ihrer Entscheidungen wird. Dieser Verantwortung kann nur gerecht werden, wer Wahrheit und Information höher schätzt als Sensationen, Quoten- und Auflagenzahlen.

### *Datenschutz*

Der Datenschutz dient der informationellen Selbstbestimmung des einzelnen. Sie ist eine Ausformung des Rechtes auf Privatheit. Wirksamer und überzeugender Datenschutz bedingt, daß man einen ruhigen Blick dafür behält, welche Daten wem gegenüber schützenswert sind. Staatlicher wie privater Umgang mit Daten bedarf rechtlicher Regelung. Staatliche Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung setzen eine Gefahr voraus und müssen verhältnismäßig bleiben.

## **Wirtschaft und Arbeit**

### *Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik*

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist darauf gerichtet, den Wohlstand aller zu sichern und zu erhöhen, soweit dies im Einklang mit unseren Grundwerten und dem Schutz von Mensch und Umwelt möglich ist. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist kein Kind einer Ideologie, sondern fußt auf wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen der vergangenen zweihundert Jahre. Unsere wirtschaftspolitischen Ziele sind Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, stabile Preise, eine ausgeglichene Zahlungsbilanz, eine umweltverträgliche Wirtschaft und eine gerechte Verteilung des Erwirtschafteten. Soweit diese Ziele im Widerstreit stehen, gilt es, sie so zu verfolgen, daß die Unterschiede im Grade ihrer

Verwirklichung möglichst gering bleiben. Dabei muß sich Deutschland mit seinen europäischen Partnern abstimmen und weltweite Zusammenarbeit anstreben.

Wir wollen eine soziale Marktwirtschaft: Wettbewerb soweit wie möglich, staatliche Planung und Eingriffe soweit wie nötig, um eine sinnvolle und gerechte Verteilung der Güter zu sichern. Solche staatlichen Maßnahmen dienen namentlich dazu, Märkte für Anbieter und Nachfragende durchsichtig zu machen, Kartelle zu verhindern und schädliche oder gefährliche Wirkungen von Industrie und Handel – besonders für die Umwelt – zu Faktoren werden zu lassen, die bei unternehmerischen Entscheidungen eine gewichtige Rolle spielen. Kleine und mittelständische Betriebe sind ein typischer und wichtiger Teil der deutschen Unternehmenskultur und bedürfen besonderer Rücksicht und Unterstützung. Gleiches gilt für Unternehmensgründer.

### *Globalisierung*

Die Globalisierung ist eine Entwicklung, die sich in den letzten Jahren stark beschleunigt hat, deren Anfänge aber Jahrhunderte zurückreichen und die stets durch politische Entscheidungen bewußt vorangetrieben wurde. Sie hat auf unsere Volkswirtschaft erheblichen, weiter steigenden Einfluß. Unsere Wirtschaftspolitik muß die Globalisierung daher verstehen und berücksichtigen. Allerdings begünstigt die Globalisierung derzeit die großen Industriestaaten und multinationalen Konzerne und führt zu erheblichen Verwerfungen: Arbeitnehmer verschiedener Länder werden gegeneinander ausgespielt, Regierungen korrumpiert, Devisenkurse verzerrt, Volkswirtschaften und ganze Staaten aus dem Gleichgewicht gebracht, die natürlichen Grundlagen des Lebens zerstört. Gleichwohl sehen wir in einem Zusammenwachsen der Weltwirtschaft mehr Chancen als Gefahren – für alle Länder. Jedoch müssen die beteiligten Staaten diesen Prozeß überwachen und steuern. Werkzeuge hierfür sind internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WHAO). Sie brauchen durchsichtige und demokratische Entscheidungsinstanzen und -verfahren. Sie sind dem Wohle aller Länder verpflichtet und nicht nur dem der Industrienationen. Zugunsten der Entwicklungsländer ist ein weitreichender Schuldenerlaß anzustreben. Er muß aber der Volkswirtschaft der begünstigten Länder zugute kommen und nicht dem Vermögen ihrer Regierungschefs, und ersetzt Erfolge voraus im Ringen um Demokratie und Menschenrechte, in einigen Ländern auch um die Möglichkeit der Menschen zu einer verantwortungsvollen Familienplanung.

Ferner brauchen die globalisierten Märkte einheitliche und seriöse Bilanzierungsregeln und eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Auch die internationalen Kapitalmärkte brauchen einheitliche und seriöse Regeln und Kontrollen; die Kapitalmärkte schwächerer Länder bedürfen besonderen Schutzes internationaler Organisationen. Ziel der Sozialdemokratie muß es zudem sein, auf ein länderübergreifendes Miteinander der Arbeitnehmer hinzuwirken, um Lohn- und Arbeitsschutzdumping zu verhindern.

Wir treten für Freihandel ein. Doch haben auch die Industriestaaten ihre Märkte für Angebote aus Entwicklungsländern zu öffnen und protektionistische Maßnahmen zu unterlassen. Außerdem darf der Freihandel kein Instrument sein, um

Entwicklungsländer in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu halten. Fairer Handel ist wichtiger als Freihandel. Zum fairen Handel gehört auch, daß Einfuhrbeschränkungen und -zölle für Waren möglich sein müssen, deren Beschaffenheit oder Erzeugung unseren sozialen oder ökologischen Überzeugungen nachweislich widerspricht. Desgleichen kann der Verbraucherschutz solche Beschränkungen erfordern.

Für die Devisenmärkte halten wir freie Wechselkurse im Grundsatz für richtig, weil sie die wirtschaftlichen Grunddaten eines Währungsraumes abbilden und den Staat von geldpolitischen Pflichten entlasten. Auf der anderen Seite haben gänzlich freie Wechselkurse den Nachteil ihrer Unwägbarkeit in längerfristigen Planungen transnational tätiger Unternehmen. Zudem sind sie Gegenstand von Spekulationsgeschäften, die den Kurs im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Grunddaten verfälschen können. Ob es zu solchen Verfälschungen gekommen ist, muß in regelmäßigen Abständen geprüft werden. Falls ja, müssen die betroffenen Notenbanken mit Devisengeschäften und Zinsänderungen eingreifen. Wir wollen berechenbare, spekulationsfeste Wechselkurse.

Ebenso erstrebenswert sind international angegliche Steuersätze, vor allem für die Unternehmenssteuern. Unternehmen sollen ihre Standorte nicht danach wählen, wo sie dem Gemeinwesen die geringsten Beiträge zu leisten haben, sondern danach, wo sie die besten Arbeitskräfte finden, die beste Infrastruktur und stabile gesellschaftliche Verhältnisse.

#### *Instrumente der Wirtschaftspolitik*

Politik ist verantwortungslos, wenn sie sich aus der Wirtschaft gänzlich heraushält und auf eine unsichtbare Hand hofft. Instrumente der Wirtschaftspolitik sind Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik.

Geldpolitik hat als Hauptaufgabe, die Preise stabil zu halten und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Daher sollten sich die Leitzinsen am Wirtschaftswachstum orientieren. Für die Europäische Zentralbank ist die Pflicht vorzusehen, ihre Politik vor dem Europäischen Parlament zu begründen.

Fiskalpolitik hat als Hauptaufgaben, die wirtschaftliche Entwicklung vor Rezession wie Überhitzung zu schützen und gesamtgesellschaftliche Ziele zu fördern, vor allem Infrastruktur und umweltorientierte Modernisierung, Wissenschaft, Forschung und Bildung. Für die Höhe staatlicher Ausgaben ist ebenfalls das Wirtschaftswachstum der wichtigste Richtwert. Ein starres Schuldenverbot, wie es derzeit für die Länder mit Euro-Währung gilt, schadet der Volkswirtschaft. Allerdings ist ein mittelfristig ausgeglichener Haushalt auch ein sozialdemokratisches Ziel, müssen neue Schulden dauerhaft niedriger liegen als öffentliche Investitionen und kommt es nicht in Betracht, Sozialleistungen aus Krediten zu finanzieren. Subventionen dürfen nicht dazu führen, veraltete Waren, Verfahren und Wirtschaftszweige den Gesetzen des Marktes auf Dauer zu entziehen. Ausnahmen sind nur zulässig, um für Notfälle die Versorgung des Landes mit Nahrung und Energie sicherzustellen.

Lohnpolitik hat als Hauptaufgabe, Erwirtschaftetes gerecht zu verteilen. Sie ist in erster Linie Sache der Tarifparteien. Erstrebenswert sind Lohnsteigerungen, die

sich das Wachstum der Produktivität zur Leitlinie nehmen. Erstrebenswert sind ferner Flächentarifverträge, weil sie die Lohnentwicklung durchsichtig und verlässlich machen. Wo es solche Tarifverträge nicht gibt, können Bund, Länder und Gemeinden an der Bestimmung der Lohnhöhe mitwirken. Dies schließt Vorschriften zu Mindestlöhnen ein, die auf Besonderheiten der Branchen und Regionen Rücksicht nehmen.

### *Arbeit und Arbeitslosigkeit*

Arbeit ist wirtschaftliche Lebensgrundlage und oft auch ein Stück Lebenssinn. Jeder muß die Chance haben, sich nach Neigung und Fähigkeit eine Arbeit zu suchen und mit ihr seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Diese Chance muß auch die erforderliche Ausbildung umfassen. Unsere Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit sind Wirtschaftswachstum, ein Absenken der Lohnnebenkosten sowie Maßnahmen, um Unternehmen in Deutschland zu halten und nach Deutschland zu holen: innergesellschaftlicher Friede, eine ausgebaute Infrastruktur, gut ausgebildete Arbeitnehmer, eine leistungsstarke und schnelle Verwaltung, international angegliche Unternehmenssteuern und eine international verbundene Arbeitnehmerschaft, die sich in ihren Forderungen nach Lohn und guten Arbeitsbedingungen nicht von einem globalisierten Großunternehmertum auseinanderdividieren läßt.

Jeder Arbeitsplatz muß sicher und gesund sein und den berechtigten Bedürfnissen des Arbeitnehmers so weit als möglich Rechnung tragen. Den Arbeitgeber trifft eine Fürsorgepflicht, den Arbeitnehmer eine Pflicht zur Loyalität. Dem Arbeitnehmer sollten Wege offenstehen, am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens teilzuhaben. Ein gedeihliches, produktives Arbeitsklima setzt außerdem voraus, daß der einzelne viel selbst und mitentscheiden kann.

In einer Marktwirtschaft, auch in einer sozialen, können staatliche Maßnahmen am Arbeitsmarkt den Beschäftigungsstand nicht nachhaltig ändern, sondern nur die Geschwindigkeit, in der er sich an die wirtschaftliche Entwicklung anpaßt. Das enthebt den Staat indes nicht davon, mit Blick auf den einzelnen für einen fairen, nach sozialen Gesichtspunkten gestuften Kündigungsschutz zu sorgen und Arbeitslosen schnelle und wirksame Vermittlungs- und Weiterbildungshilfen zu geben.

### *Verbraucherschutz*

Unser Leitbild ist der verantwortungsbewußte Verbraucher. Er hat Anspruch auf effektive und verständliche Informationen, die besonders seine Gesundheit und die umweltverträgliche Herstellung einer Ware berücksichtigen. Auf der anderen Seite ist sicherzustellen, daß der Verbraucher nicht in einer Informationsflut ertrinkt. Und er muß sich darauf verlassen können, daß seine Rechte gesetzlich verbindlich geregelt sind und nicht durch allgemeine Geschäftsbedingungen verschleiert oder verwässert werden. Je weniger allgemeine Geschäftsbedingungen benutzt werden, desto klarer und damit verbraucherfreundlicher wird der Rechtsverkehr.

## Steuern und Soziales

### *Steuerzweck und Steuersystem*

Damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, braucht er feste Einnahmen. Ihre Hauptquelle müssen Steuern sein. Sie sind zugleich das wichtigste staatliche Instrument, um zwischen wirtschaftlich Starken und Schwachen einen leistungs- und bedarfsgerechten Ausgleich zu schaffen. Dieser Ausgleich steht dem Ziel wirtschaftlichen Wachstums nicht entgegen, sondern hängt mit ihm zusammen: Nur wenn die Wirtschaft gesund ist und wächst, gibt es etwas zu verteilen; nur wenn das Erwirtschaftete gerecht verteilt ist, wird die Leistungsbereitschaft der einzelnen bestmöglich gefördert und die demokratische Wirtschaftsordnung gefestigt. Darüber hinaus bieten Steuern eine Handhabe, gesamtgesellschaftlich erwünschtes Verhalten zu fördern und schädliches Verhalten, etwa Umweltzerstörung, zurückzudrängen. Solche verhaltenslenkenden Steuern müssen jedoch Ausnahmen bleiben, denn volkswirtschaftlich sinnvoller sind Steuern, die ökonomische Entscheidungen unverzerrt lassen.

Das deutsche Steuersystem muß tiefgreifend umgestaltet und vereinfacht werden. Die wichtigsten Teile dieser Reform sind:

- eine Vereinfachung der Einkommensteuer auf zwei Einkunftsarten und Tarife (duale Einkommensteuer): für Einkommen aus abhängiger Arbeit und für sonstiges Einkommen;
- eine Entlastung der Löhne von Beiträgen für die Sozialversicherung, im Gegenzug deren erhöhte Steuerfinanzierung und dazu eine erhöhte Besteuerung von Immobilien, Erbschaften und Vermögen, soweit dies verfassungsgemäß und auch im übrigen verhältnismäßig bleibt, sowie erhöhte indirekte Steuern.

### *Steuermoral und Steuerflucht*

Um die Steuermoral zu heben ist außerdem der Vorschlag bedenkenswert, den Steuerpflichtigen in gewissem Rahmen zu erlauben, daß sie ihre Zahlungen selbst den Ministerien oder anderen Hauptkategorien des Haushalts zuweisen. Dies hätte so zeitig zu geschehen, daß die staatliche Ausgabenplanung keinen Schaden nähme. Vorteil wäre ein Mehr an Demokratie und daß der Bürger den Nutzen seiner Leistungen besser nachvollziehen könnte. Um der Steuerflucht vorzubauen ist ferner darüber nachzudenken, daß bei besonders großer Steuerschuld die Möglichkeit geschaffen wird, die Zahlung zu ersetzen durch eine andere geldwerte und gemeinnützige Leistung, etwa den Bau von Schulen oder sonstigen öffentlichen Einrichtungen, in denen auf die Person des Steuerpflichtigen hingewiesen würde. Vorteil wäre eine unmittelbare, allseits wahrnehmbare Anerkennung besonders großer Leistungen für das Gemeinwesen und so eine Steigerung der Bereitschaft, diese Leistungen zu erbringen statt ins Ausland zu gehen.

Steuerhinterziehung ist mit dem gleichen Einsatz und der gleichen Hartnäckigkeit und Konsequenz zu verfolgen wie andere Formen der Kriminalität. Außerdem ist sie gleichmäßig und ohne Ansehung der Person zu verfolgen. Es geht nicht an,

von den einen bis zum letzten Euro Belege zu fordern und mit anderen über Millio- nenrabatte zu verhandeln.

### *Sozialstaat*

Wir bekennen uns mit dem Grundgesetz zum Sozialstaatsprinzip. Dieses Prinzip verbürgt eine wirtschaftliche Grundsicherung, die jedem ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht einschließlich der Teilhabe am sozialen Leben und menschlichen Miteinander. Der Sozialstaat muß ein aktivierender Sozialstaat sein und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Er muß in erster Linie durch Anreize, zum Teil aber auch durch das In-Aussicht-Stellen wirtschaftlicher Nachteile dafür sorgen, daß sich Bedürftige nach Kräften bemühen, ihre Bedürftigkeit zu überwinden und wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Hierzu gehört, daß diejenigen, die arbeiten können, wirtschaftlich besser stehen, wenn sie arbeiten, als wenn sie von staatlicher Hilfe leben: Arbeit muß sich lohnen.

Es ist dafür zu sorgen, daß ein Mißbrauch staatlicher Hilfe durch Umgehung und Täuschung mit Hilfe hinreichend dichter und strenger Kontrollen gering gehalten und gegebenenfalls angemessen und abschreckend bestraft wird.

Sozialstaat heißt auch: Staat mit einer sozialen Gesellschaft. In der sozialen Gesellschaft kümmern sich die Bürger umeinander und schließen sich nach vielfältigsten Interessen zu gemeinsamer Tätigkeit zusammen. Der Staat hat dafür die Voraussetzungen zu schaffen und gemeinnütziges Verhalten zu fördern. Gemeinnützig sind auch Angebote im Sport, soweit er eine gesunde Lebensführung begünstigt.

### *Kranken- und Pflegeversicherung*

Gesundheit ist Lebensqualität. Es ist Aufgabe jedes einzelnen, für seine Gesundheit zu sorgen: in der Lebensführung und durch Vorsorge, zu der auch Impfungen und ärztliche Untersuchungen gehören. Der Staat hat dabei mit Rat und Tat zu helfen (Prävention).

Unser Gesundheitssystem steht vor einem Zusammenbruch auf Raten. Um ihn abzuwenden, verlangen wir einen grundlegenden Systemwechsel. Wir wollen eine bevölkerungs- und bundesweit solidarische Versicherung der Risiken von Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Wir setzen uns ein für eine vollständig durch Steuern getragene staatliche Grundversicherung für jeden Bürger. Verwaltungsmäßig zu gewährleisten ist sie über eine Behörde nach dem Vorbild der Bundesagentur für Arbeit. Denkbar wäre auch eine Verwaltung über vorhandene Stellen, etwa die kommunalen Ämter für das Einwohnerwesen. Die Grundversicherung muß einen verlässlichen, hinsichtlich der Risiken vollständigen Katalog von Grundleistungen abdecken. Sowohl für die Ärzte, Pfleger und anderen Erbringer von Leistungen als auch für die Patienten und anderen Leistungsempfänger sind Anreize zu schaffen, Aufwendungen und Kosten auf das Maß des Erforderlichen zu begrenzen. Diese Anreize sollen in erster Linie Belohnungen sein für das Einsparen und Vermeiden unnötiger Aufwendungen und Kosten, können aber auch darin bestehen, bei unsachgemäßer Erbringung oder Inanspruchnahme von Leistungen Nachteile in Aussicht zu stellen. Das Verfahren der Abrechnung muß durchsichtig und so ausgestaltet werden, daß die Versicherten die Abrechnung prüfen können.

Über die staatliche Grundversicherung hinaus steht es jedem Bürger frei, sich weitergehend zu versichern. Solche Ansprüche auf umfangreichere Versicherungsleistungen kann er bei den privaten wie bei den gesetzlichen Krankenversicherern erwerben. Beide Gruppen von Versicherern sind gesetzlich gleichzustellen. Ihr Unterschied wird dann nur noch der geschichtliche Ursprung sein, und sie werden in einem echten, durch nichts verzerrten Wettbewerb stehen. Jedoch ist allen Versicherern zu untersagen, Männer und Frauen in den allgemeinen Tarifen unterschiedlich zu behandeln. Geschlechtsspezifisch erhöhte gesundheitliche Risiken sind von allen Versicherten solidarisch zu tragen. Die staatliche Grundversicherung muß einen Umfang haben, der auch faktisch keinen Zwang schafft, sich zusätzlich zu versichern.

### *Rentenversicherung*

Wir wollen, daß jeder im Alter eine auskömmliche Versorgung aus eigener Kraft haben kann, das heißt in Form von Leistungen, auf die er sich durch sein Arbeitsleben einen Anspruch erworben hat.

Schon der demographische Wandel, dem unsere Bevölkerung unterliegt, macht es unmöglich, an dem System der Altersversorgung festzuhalten, das wir haben. Außerdem ist dieses System aus anderen Gründen ungerecht, namentlich weil es deutlich zwischen den Pensionen der Beamten und den Renten der anderen unterscheidet.

Ein erster, unabweislicher Schritt muß dahin gehen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Auf diese Zeit sind notwendige Ausbildungszeiten sowie Erziehungs- und Pflegezeiten anzurechnen. Bedenkenswert ist ferner die Idee, für den Eintritt in die Rente lediglich eine Altersspanne vorzugeben und es innerhalb dieser Spanne dem Bürger freizustellen, ob er früher oder später aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Wir haben nicht nur im Arbeitsleben ein Interesse und einen Bedarf an den Erfahrungen älterer Menschen.

Als zweiten Schritt fordern wir den Übergang zu einer überwiegend oder sogar vollständig durch Steuern getragenen Altersversorgung all jener, die durch abhängige Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen. Die Höhe der Leistungen hat sich nach der Lebensarbeitszeit und der Höhe des Einkommens zu richten. Wie diese Faktoren im einzelnen zu gewichten sind und wie die Versorgung in weiteren Details auszugestaltet ist, hängt ab von den Ergebnissen einer umfassenden Bestandsaufnahme und sorgfältiger Prognoserechnungen. Jedenfalls vorzusehen ist eine absolute Obergrenze des Rentenanspruchs.

### *Arbeitslosenversicherung*

Das Risiko, eine abhängige Arbeit oder als Selbständiger die Beschäftigung zu verlieren, muß über die Sozialhilfe hinaus versichert werden.

Für Selbständige halten wir die bestehenden Regelungen zum Überbrückungsgeld und die bestehenden Möglichkeiten berufsständischer und privater Absicherung für ausreichend.

Für Arbeitnehmer setzen wir uns ein für eine Versicherung, die ausschließlich durch Beiträge der Arbeitgeber getragen wird. Dies beteiligt die Arbeitgeber deut-

licher und wirksam an dem gesamtgesellschaftlichen Übel der Arbeitslosigkeit und schafft einen Anreiz, Arbeitnehmer in ihrer Beschäftigung zu halten statt sie in den Vorruhestand zu schieben oder mit schneller Hand Rationalisierungen zu opfern. Die Höhe der Leistungen hat sich mit den erforderlichen Abstrichen am letzten Einkommen zu orientieren, sofern es eine gewisse Mindestzeit erzielt worden ist und auch das Arbeitsverhältnis selbst eine gewisse Mindestzeit bestanden hat. Die Gesamtdauer der Leistungen hat sich auch daran zu orientieren, wie lange der Betroffene in Arbeit gewesen ist. Sie kann ferner darauf Rücksicht nehmen, wie lange das bisherige Erwerbsleben des Betroffenen seine Aussichten steigert, erneut in Arbeit zu kommen.

## **Frauen und Männer, Eltern und Kinder**

### *Frauen und Männer*

Wir wollen Gleichberechtigung und Gleichstellung. Männer und Frauen müssen grundsätzlich die gleichen Rechte haben und die gleichen Chancen, sie zu nutzen. Dies gilt sowohl für das Erwerbsleben als auch für Hausarbeit, die Erziehung von Kindern und die Betreuung anderer pflegebedürftiger Menschen – es gilt für alle Lebensbereiche und für die gesamte Gesellschaft. Eine Ungleichbehandlung ist nur dort am Platze, wo biologische Unterschiede sie gebieten. Klarster Unterfall ist der Mutterschutz. Außerdem wollen wir eine Gesellschaft, in der sich jeder Mann und jede Frau auch tatsächlich frei fühlt, Rechte und Chancen nach eigenen Neigungen und Überzeugungen zu nutzen und nicht in Abhängigkeit von gesamtgesellschaftlich erstarrten Rollenmustern und -zwängen. Dazu ist es nötig, Kindern und jungen Menschen in der Erziehung und Bildung zu vermitteln, daß die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht keinen Lebensweg von vornherein erschweren oder gar verstellen und keinen Lebensweg von vornherein erleichtern oder gar vorherbestimmen darf.

Bei allen staatlichen Maßnahmen ist zu bedenken, welche besonderen Folgen sie für Frauen und für Männer haben (geschlechterbezogener Folgenblick).

Im Erwerbsleben müssen Männer und Frauen für gleiche Arbeit im Durchschnitt gleiches Entgelt erzielen. Der Zugang zu einer Beschäftigung darf nicht je nach Geschlecht rechtlich oder faktisch erleichtert oder erschwert werden, es sei denn die Beschäftigung verlangt ausnahmsweise ein bestimmtes Geschlecht. Auch Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften ist es im Rahmen des Menschenwürdigen zu gestatten, geistliche oder weltanschauliche Ämter nur mit Männern oder nur mit Frauen zu besetzen.

Wir halten an der Ehe als einer Form der Partnerschaft fest. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß die Partner sich aus freien Stücken rechtlich enger aneinander binden: Sie übernehmen füreinander gesteigerte Pflichten und gesteigerte Verantwortung. Diese gegenseitige Sorge und Verantwortung ist für die Menschen, denen sie gilt und die sie tragen, ebenso heilsam und sinnstiftend wie für die gesamte Gesellschaft von Nutzen. Daher ist es berechtigt, die Ehe im Vergleich zur freien Partnerschaft rechtlich besser zu stellen.

Nach einer Scheidung müssen die früheren Ehepartner wieder für sich selbst verantwortlich werden, auch finanziell. Erziehungs- und Pflegezeiten ist in der Altersversorgung Rechnung zu tragen. Verzichtet ein Ehepartner im Vertrauen auf den Fortbestand der Ehe darauf, Chancen in Ausbildung und Beruf zu ergreifen, um für Kinder oder pflegebedürftige Verwandte zu sorgen, und steht er deshalb nach der Scheidung schlechter, als er ohne die Ehe gestanden hätte, so hat ihm der andere Ehepartner in angemessener Höhe, für angemessene Zeit und in Abhängigkeit der eigenen Verhältnisse Unterhalt zu gewähren. Doch muß auch der Empfänger von Unterhalt zumutbare Arbeit suchen, um sich zusätzlich selbst zu versorgen.

Wir ächten sexuelle Gewalt, sexuellen Zwang und sexuelle Ausbeutung gleich welcher Art. Die Würde des Menschen ist auch als Würde des Mannes und als Würde der Frau unantastbar.

Deutschland hat bei der Entwicklungshilfe und in der internationalen Politik darauf hinzuwirken, daß eine Entrechtung und Benachteiligung aufgrund des Geschlechts auch in anderen Ländern als Mißstand empfunden und bekämpft wird.

Wir achten Menschen gemischten Geschlechts (Intersexuelle) wie alle anderen Menschen. Sie dürfen keine gesellschaftlichen Nachteile erleiden.

### *Kinder und Kindererziehung*

Kinder sind Menschen aus eigenem Recht. Sie haben Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gesellschaft, auf eine gewaltfreie Erziehung sowie auf Bildung und Ausbildung. Die Sorge für das Kind ist das natürliche Recht der Eltern und ihre erste Pflicht. Wo sie dieser Pflicht nicht genügen, muß der Staat in der Lage sein, rechtzeitig einzugreifen. Dazu müssen die zuständigen Stellen materiell und personell in den Stand gesetzt werden. Die Jugendhilfe muß leistungsstärker werden.

Vater und Mutter müssen nach dem Gesetz und in der Lebenswirklichkeit die gleichen Chancen haben, ihre Elternpflicht zu erfüllen; unabhängig davon, ob und mit wem sie verheiratet sind oder waren. Diese Chancengleichheit in der Elternschaft muß auch nach einer Scheidung oder andersartigen Trennung bestehen. Allein das Wohl des Kindes kann es rechtfertigen, einem Elternteil die Erziehung des Kindes und den Umgang mit ihm zu erschweren oder unmöglich zu machen. Mit Blick auf das Kind sind Vater und Mutter auch nach ihrer Trennung Träger gleicher Rechte und gleicher Pflichten. Behörden und Gerichte haben dafür zu sorgen, daß diese Gleichheit nicht nur an dem Buchstaben des Gesetzes, sondern auch an der Lebenswirklichkeit abzulesen ist. Staat und Gesellschaft müssen den Eltern ihre gemeinsame Verantwortung für gemeinsame Kinder bewußt machen und müssen den Eltern helfen, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Mädchen und Jungen sind bedarfsgerecht zu erziehen und auszubilden. Die Anstrengungen der letzten Jahrzehnte, um besondere Nachteile und Hindernisse in der Ausbildung von Mädchen abzubauen, sind mit den gebotenen Änderungen auf Jungen zu erstrecken; geschlechtsspezifische Ungleichbehandlungen sind nur dort angebracht, wo ein Nachteil oder Hindernis seinen Grund tatsächlich – zumindest im Regelfall – in dem Geschlecht der Betroffenen hat und nicht in einer Eigen-

schaft, die bei Jungen wie Mädchen gleichermaßen vorkommen kann. Die wachsende Zahl seelischer und körperlicher Krankheiten bei Jungen sowie das Ansteigen ihrer Schwierigkeiten in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen verlangen besondere Anstrengungen in der Jungenforschung und Jungenförderung.

### *Kinder und Beruf*

Frauen und Männer müssen im Grundsatz die freie Wahl haben, wieviel Lebenszeit sie Ausbildung und Beruf widmen und wieviel einer Familie und Kindern. Mit Rücksicht auf die Pflichten gegenüber Ehepartnern, anderen Lebensgefährten, Kindern sowie anderen sorgebedürftigen Verwandten ist diese Freiheit nur möglich, wenn der Staat sie unterstützt, indem er umfassend Betreuungsangebote macht: Wir setzen uns ein für flächendeckende Möglichkeiten der Ganztagesbetreuung von Kindern vom ersten Lebensjahr an. Jedoch dürfen Eltern in keiner Weise genötigt werden, diese Möglichkeiten zu nutzen; die Erziehung des Kindes durch seine Eltern darf nicht schlechter gestellt werden als eine Erziehung in außer- oder überfamiliären Einrichtungen.

Im Erwerbsleben müssen Männer und Frauen ihre Berufstätigkeit unbeschwert unterbrechen können zugunsten der Erziehung von Kindern oder der Pflege sorgebedürftiger Verwandter. Nach der Elternzeit oder der Pflegezeit muß es möglich sein, die Berufstätigkeit wieder dort aufzunehmen, wo sie unterbrochen wurde. In der Eltern- oder Pflegezeit sollen staatliche Leistungen den Ausfall des Einkommens angemessen ausgleichen.

### *Homosexualität*

Homosexualität ist eine natürliche Variante sexueller Veranlagung oder Neigung. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind verschiedengeschlechtlichen in jeder Hinsicht gleichzustellen, rechtlich wie faktisch. Das schließt die Möglichkeit der regulären Ehe ebenso ein wie die einer Adoption von Kindern, denn es gibt keinen Hinweis darauf, daß Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren schlechter oder mit anderem Ergebnis erzogen würden als von verschiedengeschlechtlichen Paaren oder von Alleinerziehenden.

## **Bildung und Wissenschaft**

### *Bildung ist Zukunft*

Bildung verschafft Wissen und Urteilskraft. Sie stillt und weckt Wissensdurst. Bildung macht erfinderisch. Sie ist das Lebenselixier der Wissensgesellschaft. Und Bildung schafft Chancengleichheit: in der Gesellschaft und in dem globalen Wettbewerb der Wirtschaft.

### *Vorschulische Bildung*

Vorschulische Bildung liegt zunächst in den Händen der Eltern. Wo dies erforderlich ist, hat der Staat sie zu unterstützen. Neben den Eltern legen Kindergärten und Vorschulen das Fundament späteren Lernens und haben die Aufgabe, zu sozi-

alem Verhalten zu erziehen. Sie müssen den Kindern wo nötig die deutsche Sprache vermitteln, damit an den Schulen alle die gleichen Aussichten haben, die Lehrinhalte zu verstehen, und damit der Unterricht nicht durch sprachliche Schwierigkeiten gelähmt wird. Ferner sollen die Kinder lernen, die Welt aufmerksam wahrzunehmen und Zusammenhänge zu verstehen. Neben allem Lernen brauchen sie viel Zeit und Gelegenheit für kindliches Spielen aus freier Phantasie. Wir sind dafür, für alle Kinder vor der Einschulung ein weiteres Kindergartenjahr kostenfrei anzubieten.

### *Die Schulen*

Mit der Grundschule beginnt eine Bildungskarriere. Wir wollen eine sechsjährige Grundschule, um eine allzu frühe Festlegung auf den folgenden Schultyp zu vermeiden und jedem Kind länger die Möglichkeit zu erhalten, Fähigkeiten zu entwickeln und sich für eine weiterführende Schule zu qualifizieren.

Nach der Grundschule sollen den Kindern unterschiedliche Möglichkeiten weiterer schulischer Bildung offenstehen. Denn eine Auffächerung des Lehr- und Schulangebotes ermöglicht es am ehesten, der Forderung nach einem Unterricht gerecht zu werden, der auf die Bedürfnisse des einzelnen Rücksicht nimmt. Das Modell aus Haupt- und Realschule sowie Gymnasien ist dazu nicht von vorneherein ungeeignet, und die Gesamtschule ist dazu nicht von vorneherein der beste Weg. Das Wichtigste ist, daß jede Einteilung in Schul- oder Unterrichtstypen durchlässig bleibt und dem Schüler jederzeit unschwer einen Wechsel gestattet, wenn sich nachhaltig erweist, daß er einem Schultyp oder ein Schultyp ihm nicht gerecht wird. Wir fordern ein flächendeckendes Angebot von Ganztageschulen.

Die Lehrpläne der Länder müssen ähnlich sein und länderübergreifend vergleichbare Abschlüsse gewährleisten. Hierfür ist es sinnvoll, dem Bund dazu eine Gesetzgebungskompetenz zu übertragen.

Klassenverbände müssen überschaubar sein. Schülern, die das Deutsche nicht hinreichend beherrschen, ist zusätzlich und getrennt vom Fachunterricht Sprachunterricht zu erteilen. Sprachliche Fähigkeiten sind die Voraussetzung einer Teilnahme am regulären Unterricht. Für besonders begabte wie für besonders lernschwache Schüler muß es die Möglichkeit zusätzlichen Unterrichts geben. Jungen und Mädchen sind grundsätzlich gemeinsam zu unterrichten (Koedukation). Alle Lehr- und Unterrichtsmittel hat der Staat zu stellen (Lehrmittelfreiheit).

Die Lehrer sind praxisnah auszubilden. Von Verwaltungsaufgaben sind sie so frei als möglich zu halten. Dazu kann es nötig werden, die Schulsekretariate auszubauen oder für mehrere Schulen gemeinsame Stellen zu schaffen, die Verwaltungsarbeit übernehmen. Wichtigste pädagogische Mittel sind Vorbild, Anreiz und positive Motivation. In schwieriger Lage und gegenüber störenden Schülern muß der Lehrer indes stets das Recht und die Mittel haben, sich durchzusetzen, solange er dadurch nicht elementare Rechte der Schüler verletzt. Ferner sind die personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Klassen bei Bedarf von zwei Lehrern zugleich unterrichtet werden. In ihrem Äußeren, ihrem Unterricht und anderen dienstlichen Belangen haben alle Lehrkräfte religiöse und weltanschauliche Neutralität zu wahren.

### *Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen*

Wir halten fest an dem *Humboldtschen* Ideal der Einheit von Forschung und Lehre. Sie erzwingt aber nicht, daß jeder, der forscht, stets in dem gleichen Maße auch in der Lehre tätig ist – und umgekehrt. Fatal ist der Zwang, der auf die Universitäten ausgeübt wird in Richtung einer engen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Eine Universität ist nicht die Forschungsabteilung eines Unternehmens. Beide haben unterschiedliche Ziele und benötigen unterschiedliche Rahmenbedingungen. Jeder Zwang, formell oder informell, ist ein Gegner universitären Forschens. Es wäre absurd, Professoren zu intellektuellen Fließbandarbeitern umerziehen zu wollen. Produktionsdisziplin und Akkord sind auch keine Gewähr großer Forschungsleistungen, sondern behindern sie. Entdeckungen werden dort gemacht, wo man jemandem mit Forscherdrang Freiraum und Möglichkeiten schafft. Je weniger Pflichten er hat und je mehr Forschungsmittel, desto größer ist die Aussicht auf herausragende Erfolge. Die industrielle Verwertbarkeit einer Erkenntnis ist eine Frage, mit der man sich in den Unternehmen beschäftigen mag. Wer die Geisteswissenschaften verarmen läßt, schadet langfristig auch den Naturwissenschaften, und wer die Naturwissenschaften an den Universitäten industrialisiert, schafft die Universitäten ihrem Wesen nach ab und schadet langfristig der Industrie.

Universitäten brauchen von seiten ihrer Träger Freiheit und Geld. Das Geld ist in erster Linie für die Forschungsmittel aufzuwenden und nur an zweiter Stelle für die persönlichen Bezüge der Forschenden. Die Besoldung der Professoren darf aber nicht den Anschluß an die Gehälter verlieren, die vergleichbar Qualifizierte in der freien Wirtschaft verdienen. Anzustreben ist eine bundeseinheitliche Besoldung. Der Wettbewerb der Länder und der Universitäten um die besten Köpfe hat sich auf die Lehr- und Forschungsmöglichkeiten zu beschränken.

Die Studenten haben Anspruch auf eine pädagogisch und didaktisch gelungene Lehre. Um sie zu sichern, kann es sinnvoll sein, einen größeren Teil der Lehrveranstaltungen von Personen abhalten zu lassen, die nicht oder nur zu einem Teil in der Forschung tätig sind (Lecturer-Modell). Für staatliche Universitäten lehnen wir jede Form von Studiengebühren ab.

Private Universitäten und Forschungseinrichtungen sind legitime Wettbewerber der staatlichen Universitäten und Institute. Staatliche Förderung hat jedoch vorrangig staatlichen Einrichtungen zugute zu kommen. Dabei darf der Staat besondere Anstrengungen honorieren und Schwerpunkte bilden. Er hat aber darauf zu achten, daß es auch in dem Wettbewerb der Universitäten untereinander Chancengleichheit gibt und daß keine Universität das Ausstattungsniveau unterschreitet, das erforderlich ist, um den universitären Bildungsauftrag ohne Abstriche zu erfüllen.

### *Staatlicher und privater Einsatz*

Erziehungsberechtigte und Studenten müssen dazu ermuntert werden, privat die Initiative zu ergreifen und durch Spenden, Fördervereine und weiteren persönlichen Einsatz das Schul- und Universitätsleben zu bereichern. Voraussetzung ist eine innere Bindung an die Schulen und die Universitäten. Deren Personal und der Staat müssen diese Bindung nach Kräften festigen.

## **Religion und Glaubensgemeinschaften**

### *Glaube und Religion*

Religion und Glaube sind sittliche Anker und Richtungsweiser. Sie geben Halt und Orientierung, dem einzelnen und so mittelbar der ganzen Gesellschaft. Religion und Glaube stiften zudem kulturelle Identität selbst jenen, die nicht glauben. Auch eine solche kulturelle Heimat gibt Halt und stabilisiert eine Gemeinschaft. Daher erkennen wir Glaubensgemeinschaften als wertvoll und berechtigt an.

### *Freiheit des Bekenntnisses*

Das Bekenntnis zu einer Glaubensgemeinschaft muß frei sein; frei von jedwedem Zwang, frei von Sanktion. Die Glaubensgemeinschaften haben sich wechselseitig zu achten und demgemäß zu behandeln. Gleiches gilt für das Verhältnis von Gläubigen und Atheisten. Frei sein müssen Gläubige auch darin, ihren Glauben auszuüben. Dazu gehören seine Verkündung in Wort, Schrift und Bild, Gottesdienste, rituelle Handlungen, Seelsorge und karitatives Wirken. Auch die Einflußnahme auf das gesellschaftliche wie politische Leben ist geschützt, solange es in den Grenzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung bleibt und den Willen des Gesetzgebers achtet.

### *Glaubensgemeinschaften*

Wir sind damit einverstanden, daß Glaubensgemeinschaften einen rechtlichen Sonderstatus genießen. Die Pflicht des Staates zu religiöser und weltanschaulicher Neutralität verbietet es jedoch, Abgaben einseitig zugunsten bestimmter Bekenntnisse einzuziehen. Vorzugswürdig ist auch hinsichtlich solcher Abgaben, daß der Bürger den Empfänger selbst bestimmt und dabei wählen kann zwischen den Glaubensgemeinschaften, ergänzt um eine Reihe staatlich anerkannter gemeinnütziger Vereinigungen. Die Arbeits- und Rechtsverhältnisse von Arbeitnehmern in Glaubensgemeinschaften müssen grundsätzlich die gleichen sein wie in der übrigen Arbeitswelt.

## **Kunst und Kultur**

### *Kunst als Kultur*

Kultur ist eine Forderung an alle Formen und Felder menschlichen Daseins. Es gibt eine Kultur des Bauens wie eine des mitmenschlichen Umgangs, eine Kultur der Erziehung wie eine des Essens, eine Kultur der Liebe und eine der Verantwortung. Kunst ist eine dieser Kulturen. Unter Kunst verstehen wir jede Form gestalteten Ausdrucks um seiner selbst willen: jedes Werken und Wirken, das Menschen als Kunst betrachten. Dem Staat steht es nicht zu, den Kunstbegriff enger zu bestimmen. Doch darf er seine Förderung und Anerkennung von Kunst auch davon abhängen lassen, wieviel Zuspruch sie erfährt.

### *Kunstfreiheit*

Der Mensch ist ein Künstler. Er hat von Natur aus den Drang, schöpferisch tätig zu sein, und von Natur aus das Recht, dies zu tun. Er muß daher frei sein, Kunst zu schaffen und Kunst zu genießen. Grenzen sind das Persönlichkeitsrecht anderer sowie die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

### *Kunstförderung*

Kunst ist in erster Linie Sache des einzelnen: Er entscheidet, was er schöpferisch gestaltet, welche Kunst er erleben will und was ihm das eine wie andere wert ist. Gleichwohl bedarf Kunst der Förderung durch den Staat. In früheren Zeiten hatte sie unter den Herrschenden Mäzene, ohne die unser Reichtum an Kunst- und Baudenkmalern nicht hätte entstehen können. In einer Demokratie muß ihre Rolle der Staat übernehmen. Neben ihm bleibt jeder Vermögende aufgerufen, seine Mittel in der Kunstförderung gemeinnützig wirken zu lassen. Staatliche Förderung hat dem gleichen Zugang aller Bürger zur Kunst zu gelten. Ferner hat sie die Vielfalt der Kunst zu schützen. Zu ihr gehört die Vielfalt der Bühnen und der Museen. Wo es darum geht, deren Existenz zu sichern, darf der Staat verlangen, daß Bühne oder Museum mit einem publikumswirksamen Programm an der Existenzsicherung mitwirkt. Nie darf sich staatliche Förderung darin erschöpfen, eine selbstgekrönte und selbstbezügliche Kunstelite auf Kosten der Allgemeinheit zu alimentieren.

### *Geistiges Eigentum*

Das Recht am geistigen Eigentum ist so auszugestalten, daß sich von dessen Vermarktung ein Künstler ernähren kann, sobald durchschnittliche Verkaufszahlen erreicht sind. Besonders zu berücksichtigen ist das Ungleichgewicht zwischen Künstler und Rechteinhabern – Verlage, Produzenten, CD-Firmen und andere – bei der Ausgestaltung ihrer Verträge.

## **Europa**

### *Binnenstruktur*

Unser Fernziel bleiben die Vereinigten Staaten von Europa. Wir haben keine Zweifel, dieses Ziel zu erreichen, aber auch keine überstürzte Eile. Denn die europäische Einigung ist kein Selbstzweck, sondern muß sich auf jeder Stufe an den Ansprüchen messen lassen, die wir Sozialdemokraten an sie stellen: Wir wollen ein soziales Europa, in dem gerechte Mindeststandards für ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten gelten. Sie haben auch die Steuersätze sowie den Umwelt- und den Verbraucherschutz zu umfassen. Wir wollen ein demokratisches Europa, in dem keine anonyme Bürokratie entscheidet, sondern der Wille der Bürger; dabei muß jedes Land auch mit Blick auf die Zahl seiner Bürger angemessen vertreten sein, damit niemand aufgrund seiner Nationalität zurückgesetzt wird. Wir wollen ein rechtsstaatliches Europa, in dem Verbrechensbekämpfung und Bürgerrechte in einen angemessenen Ausgleich gebracht sind und zivilisatorische Mindestgarantien wie die Intimsphäre unter keinen Umständen beeinträchtigt werden. Wir

wollen ein Europa von unten, in dem die Aufgaben nur dann von einer höheren Stelle oder in einem größeren Rahmen wahrgenommen werden, wenn dies zu ihrer sachgerechten Erfüllung erforderlich ist (Subsidiarität). Und wir wollen ein Europa kultureller Vielfalt.

Die Vereinigten Staaten von Europa brauchen eine gemeinsame Verfassung. Sie ist mit Ruhe und Sorgfalt auszuarbeiten, unter sachkundiger Beratung, Beteiligung der Bürger und in breitester Öffentlichkeit. Sie muß allen Anforderungen an Klarheit und Übersichtlichkeit genügen, die sich aus den europäischen Verfassungstraditionen ergeben. Sie ist den Grundsätzen der Demokratie, der Republik, des Rechtsstaats, des Sozialstaats und des Föderalismus verpflichtet. Nach eingehender Beratung ist sie den Völkern Europas zur Abstimmung vorzulegen. Der Verfassungsentwurf von 2004 und sein Umsetzungsprozeß genügen diesen Anforderungen noch nicht.

Die Vereinigten Staaten von Europa werden eigene Steuern erheben. Bevor die Länder Europas diese neue Stufe der Staatlichkeit erklimmen haben, ist eine Steuer der Europäischen Union nicht erforderlich. Am ehesten wäre sie geeignet, das Mißtrauen der Bürger gegen die europäische Einigung zu verschärfen. Auch verfügen die europäischen Institutionen noch nicht über die demokratische Legitimation, die ein eigenes Steuerrecht voraussetzt. Über die Eigenmittel der Union entscheiden die Mitgliedstaaten.

Wichtigste Voraussetzung einer gesunden und soliden europäischen Einigung ist, daß die Bürger Europas sie wollen. Um sich diesen Willen zu bilden, müssen sie ein starkes europapolitisches Bewußtsein und Interesse entwickeln. Hieran mitzuwirken ist Aufgabe der deutschen Sozialdemokraten.

### *Außenverhältnis*

Die europäische Einigung ist keine Alternative zu einer Weltinnenpolitik, sondern einer ihrer Bausteine. Indem sich die Staaten Europas zusammenschließen, wenden sie sich nicht gegen andere Länder, sondern beteiligen sich an der weltweiten länderübergreifenden Zusammenarbeit mit einheitlicher Stimme und gebündelter Tatkraft.

Die europäische Union ist nicht nur eine politische Union, sondern ein Zusammenschluß auf dem Fundament geographischer, geschichtlicher und kultureller Gemeinsamkeiten. Dieses Fundament ist nicht beliebig verlängerbar. Der Türkei ist eine ehrliche Beitrittsperspektive offenzuhalten. Vor ihrem Beitritt bedarf es aber nicht nur ihrer weiteren Anstrengung auf dem Weg hin zu politisch-gesellschaftlichen Reformen, sondern es bedarf auch einer inneren Festigung der Union nach einer stürmischen Erweiterungsphase.

Am weltpolitischen Geschehen nimmt die Europäische Union mit ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik teil (GASP). Diese Politik braucht Stärkung und Rückhalt. Zu ihr gehört die Fähigkeit, Europa militärisch zu verteidigen, und die Fähigkeit, an militärischen Einsätzen außerhalb Europas teilzunehmen, um den Weltfrieden zu sichern oder wiederherzustellen oder um schwerste Verletzungen der Menschenrechte abzuwenden. Dabei stimmt sich die Union mit anderen Ländern und Bündnissen ab und achtet strikt das Völkerrecht. Alle militäri-

schen Einsätze sind der Kontrolle und Kommandogewalt der politischen Führung unterworfen. Ein militärischer Einsatz kann stets nur das letzte Mittel sein, wenn politische Verhandlungen und wirtschaftliche Maßnahmen versagen.

## **Asyl und Einwanderung**

### *Zuzug durch Asyl und Einwanderung*

Deutschland gewährt politisch Verfolgten Asyl. Außerdem ist Deutschland ein Einwanderungsland. Im Interesse der Einwandernden und der heimischen Bevölkerung muß es die Einwanderung sinnvoll steuern. Ein Einwanderungsgesetz gestattet neben befristeten Aufenthalten den dauerhaften Zuzug aus anderen Ländern mit dem Ziel der Einbürgerung. Bei der Auswahl der Einwanderer können die Belange des bundesdeutschen Gemeinwesens berücksichtigt werden, namentlich die Altersstruktur der Bevölkerung, Qualifikationen der Einwanderungswilligen und deren soziale Absicherung. Sowohl für das Asylrecht als auch für die Einwanderung sind europäische Rahmenregelungen wünschenswert.

### *Eingliederung*

Wir wollen eine Eingliederung (Integration) von Einwanderern und keine Parallelgesellschaften. Grundlage der Eingliederung muß ein Wertekonsens sein bezogen auf unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Auf dieser Grundlage erwarten wir keine umfassende kulturelle Anpassung (Assimilation), sondern betrachten kulturelle Eigenarten Eingewanderte als Bereicherung unserer Gesellschaft.

Allerdings müssen sich Eingewanderte ernsthaft bemühen, Deutsch zu lernen, denn ohne eine gemeinsame Sprache ist Verständigung unmöglich. Der Wunsch nach einem Erlernen der deutschen Sprache ist kein Ausdruck nationaler Überheblichkeit, sondern sprachlicher Identität, auf die alle Völker Anspruch haben; im zusammenwachsenden Europa und in der Globalisierung ist er zudem ein Beitrag zum Erhalt kultureller Vielfalt. Der Staat hat Eingewanderten, die dauerhaft in Deutschland bleiben, Sprach- und Eingliederungskurse anzubieten. Eingewanderte haben diese Angebote auch wahrzunehmen. Das Entgelt richtet sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Teilnehmer.

Größter Feind erfolgreicher Eingliederung ist der Teufelskreis aus schlechteren Chancen im Bildungswesen, schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Armut und Kriminalität. Besonders wichtig ist es daher, daß eingewanderte Kinder unverzüglich und uneingeschränkt deutschen Sprachunterricht und deutsche Schulen besuchen.

Wir dulden von niemandem Kriegshetze, Antisemitismus, Fremden- oder Rassenhaß, Selbstjustiz oder die Nötigung anderer aufgrund religiösen Eifers. Wir fördern den Dialog aller Religionen ohne Ausnahme und erwarten von den Vertretern aller Religionen die Bereitschaft zum Dialog.

## **Verteidigung**

### *Die Bundeswehr*

Deutschland hat das Recht und die Pflicht, sich gegen Angreifer militärisch zu verteidigen und sich dem Völkerrecht gemäß an militärischen Einsätzen der Völkergemeinschaft zu beteiligen. Diesen Zielen dient die Bundeswehr. Sie ist in allem der Kontrolle und Kommandogewalt der politischen Führung unterworfen.

Die Bundeswehr ist ein Teil der demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft. Der Soldat ist ein Staatsbürger in Uniform. Seine Rechte dürfen nur insoweit beschnitten werden, wie der Dienst dies erfordert. Alle Stellen der Bundeswehr müssen Männern wie Frauen zu gleichen Bedingungen zugänglich sein.

Wir halten an der Wehrpflicht fest, denn nur sie verankert die Streitkräfte fest in der Gesellschaft. Die Wehrgerechtigkeit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau erfordern aber ihre Reform. Ein diskussionswürdiger Vorschlag hierzu ist eine allgemeine einjährige Dienstpflicht für Männer und Frauen, die nach freier Wahl in den Streitkräften abzuleisten ist oder in einer sozialen Einrichtung.

Aufgaben der Bundeswehr sind die Landesverteidigung und die Teilnahme an internationalen Einsätzen im Rahmen des Nordatlantikpaktes, der Vereinten Nationen und einer zukünftigen europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Jeden Einsatz der Bundeswehr im Ausland muß der Bundestag genehmigen. Bestimmungen hierüber sind in das Grundgesetz aufzunehmen. Die Bundeswehr muß nach Ausrüstung, Ausbildung und Organisation zu solchen Einsätzen in der Lage sein. Bei allen Entscheidungen sind die Operationsziele und die Sicherheit der Soldaten gleichrangig zu berücksichtigen.

Im Innern darf die Bundeswehr nur bei Natur- oder Industriekatastrophen oder vergleichbaren Unglücksfällen eingesetzt werden. Unzulässig bleiben muß insbesondere der Einsatz zur Bekämpfung von Unruhen, Kriminalität und Terrorismus.

### *Bündnisse*

Deutschland beteiligt sich an Bündnissen, die der Selbstverteidigung, der Erhaltung des Weltfriedens und der Verhinderung schwerster Menschenrechtsverletzungen dienen. Derzeit sind dies die Vereinten Nationen, der Nordatlantikpakt und die Europäische Union mit ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

### *Abrüstung*

Zur Sicherung des Weltfriedens gehört internationale Abrüstung. Unser visionäres Ziel ist eine Welt ohne Waffen. Es gilt, sich diesem Ziel schrittweise und mit Hilfe von Abkommen zu nähern.

Wir verurteilen den Einsatz von Atomwaffen sowie biologischen und chemischen Kampfstoffen. Eine Situation, in der die Drohung mit oder gar der Einsatz von diesen Waffen zur Verteidigung rechters wäre, ist derzeit unvorstellbar. Daher hat Deutschland auf diese Waffen zu verzichten. Es hat daran mitzuwirken, daß alle

Länder den Pflichten nachkommen, die sich aus Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen ergeben.

Der internationale Waffenhandel ist eine Pest, die vor allem den Entwicklungsländern Tod und Verderben bringt. Deutschland hat diesen Handel nach Kräften zu bekämpfen. Deutsche Rüstungsgüter dürfen nur an Länder oder Organisationen verkauft werden, welche die Gewähr für einen verantwortungsbewußten Umgang mit ihnen bieten. Deutschland darf nur Rüstungsgüter einführen, um den Bedarf der Bundeswehr oder eines verbündeten Staates zu decken.

## **Deutschland in der Welt**

### *Friedenspartei*

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich seit ihrer Gründung für den Frieden ein, in Europa und in der Welt. Das muß und wird immer so bleiben. Es waren keine Sozialdemokraten, die Deutschland in den Ersten Weltkrieg trieben, keine Sozialdemokraten, die Hitler an die Macht brachten, und keine Sozialdemokraten, die seinen Vernichtungskrieg planten und dirigierten. Aber es waren Sozialdemokraten, die in der Weimarer Republik den Ausgleich mit den Gegnern aus dem Ersten Weltkrieg suchten. Es waren Sozialdemokraten, die mit ihren Stimmen in den Parlamenten, schließlich mit Waffengewalt und dem Einsatz ihres Lebens versuchten, die Nazis aufzuhalten. Es waren Sozialdemokraten, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Versöhnung mit Israel und mit jenen Völkern im Osten suchten, die unter Hitlers Herrschaft am schwersten zu leiden hatten. Und es waren Sozialdemokraten, die Deutschland jüngst davor bewahrten, unter dem Bruch des Völkerrechts in einen Krieg zu ziehen, in dem es nur Verlierer gibt.

Wir achten das Selbstbestimmungsrecht aller Staaten. Es kann nur durch oder aufgrund eines rechtmäßigen Beschlusses der Vereinten Nationen eingeschränkt werden. Mittel der Außenpolitik sind Diplomatie, politische Verhandlungen, Verträge und wirtschaftliche Maßnahmen. Ziele sozialdemokratischer Außenpolitik sind neben der Sicherung des Friedens, den Wohlstand der Nationen zu mehren und das politische Erbe der Aufklärung und der Arbeiterbewegung zu verbreiten: die Idee der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit und die Prinzipien der Demokratie und der Republik.

### *Vereinte Nationen und internationale Gerichtshöfe*

Die Verhältnisse zwischen den Ländern der Erde müssen mehr und mehr Teil einer Weltinnenpolitik werden. Die Vereinten Nationen sind dafür der richtige Rahmen. Allerdings bedürfen sie einer Reform. Die Besetzung des Sicherheitsrates hat den weltpolitischen Änderungen seit 1945 Rechnung zu tragen. Seine Entscheidungen müssen mit qualifizierter Mehrheit möglich sein, es darf kein Veto-Recht einzelner Länder geben.

Jedes Land hat Anspruch auf Achtung seiner Souveränität. Jedoch muß die Weltgemeinschaft bei schwersten inneren Mißständen in einem Land, namentlich Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das Recht haben einzuschrei-

ten, wenn innerstaatliche Stellen dazu nicht hinreichend in der Lage oder nicht willens sind.

Wir unterstützen die Tätigkeit der internationalen Gerichtshöfe.

### *Bevölkerungswachstum*

Die Weltbevölkerung wächst zu schnell und gerade in armen Ländern. Folgen sind Hunger, Elend und weltweite Wanderungsbewegungen (Migrationen), von denen wir derzeit erst schwache Anfänge erleben. Wir müssen dafür sorgen, daß überall auf der Welt eine verantwortungsvolle Familienplanung möglich wird – faktisch und moralisch. Und wir müssen durch Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit dafür sorgen, daß sich die Menschen auch in bevölkerungsreichen und armen Ländern ernähren und menschenwürdig leben können. Entwicklungshilfe kann davon abhängig gemacht werden, daß ein Staat die Familienplanung fördert und seine Ausgaben für Waffen und Soldaten einschränkt.